



## Sitzungsniederschrift

Gremium : **Rat**  
Sitzungsort : **Großer Ratssaal**  
Sitzungstag : **Montag, 26.04.2004**  
Sitzungsbeginn : **17:00 Uhr**  
Sitzungsende : **19:10 Uhr**

**Vorsitz: Herr Bürgermeister Helmut Predeick**

### **Teilnehmer**

Herr Oliver Bäumker  
Herr Hartmut Benthin  
Herr Antonius Brinkmann  
Frau Marita Brommann  
Herr Michael Bunte  
Frau Monika Bushuven  
Herr Wolfgang Dissen  
Herr Ernst-Rainer Fust  
Herr Johannes-Heinrich Gresshoff  
Herr Daniel Hagemeier  
Herr Peter Holstegge  
Herr Heinz Junkerkalefeld  
Herr Winfried Kaup  
Herr Karl-Friedrich Knop  
Frau Beatrix Koch  
Herr Josef Krause  
Herr Peter Kwiotek  
Frau Elisabeth Lesting  
Herr Hubert Meyering  
Herr Ralf Niebusch  
Herr Eckard Pliske  
Herr Gerhard Rembrink  
Herr Klaus Rips  
Herr Wolf-Rüdiger Soldat  
Herr Paul Tegelkämper

### **es fehlten entschuldigt:**

Frau Renate Nauschütt  
Herr Albert Wesemann

Herr Hugo Terholsen  
 Frau Monika Tigges  
 Herr Werner Wagemann  
 Herr Thomas Weinekötter  
 Frau Maria Wieschmann

### **Verwaltung**

Herr Klaus Aschhoff  
 Frau Heike Beckstedde  
 Frau Elke Hamacher-Jestadt  
 Herr Norbert Hochstetter, Techn. Beigeordneter  
 Herr Willi Höpker  
 Frau Bettina Jathe  
 Herr Michael Jathe  
 Herr Ludger Junkerkalefeld  
 Herr Helmut Kröger  
 Herr Bernd Lafeldt, Erster Beigeordneter  
 Herr Dr. Burckhard Löher, Beigeordneter  
 Herr Hans-Peter Mülders  
 Herr Norbert Pinkerneil  
 Herr Andreas Proske  
 Herr Bernhard Rose  
 Herr Frank Siemer  
 Frau Insa Söker  
 Herr Norbert Tigges  
 Frau Britta Vollmer

### **Schriftführerinnen:**

Frau Heike Demmin	öffentlicher Teil
Frau Regina Haferkemper	nichtöffentlicher Teil

## **Inhaltsverzeichnis**

### **Öffentliche Sitzung**

**Seite:**

1. Einwohnerfragestunde
2. Befangenheitserklärungen
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2004
4. Jahresrechnung 2003 mit Rechenschaftsbericht  
     Vorlage: B 2004/201/0225
5. Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Anlagen für  
     das Haushaltsjahr 2004  
     Vorlage: M 2004/201/0208
6. Entwurf des Finanzplanes und des Investitionsprogramms für den  
     Planungszeitraum 2003 bis 2007  
     Vorlage: M 2004/201/0209
7. Verschiedenes
  - 7.1. Mitteilungen der Verwaltung
  - 7.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Bürgermeister Predeick begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zahlreich erschienenen Zuhörer und Herrn Baldus von der Glocke, dem er zu dem kürzlich überreichten Recherche-Preis der Aktion Münsterland gratuliert. Er stellt Frau Insa Söker vor, die seit dem 01. April 2004 den Fach- und Servicedienst Planung und Stadtentwicklung leitet.

Des weiteren weist er auf das Signet der Aktion „Mach mit“ hin, das im Ratssaal aufgestellt ist und lädt zur offiziellen Eröffnung der Aktion durch den Schirmherrn Herrn Dr. Jörg Twenhöven, Regierungspräsident der Bezirksregierung Münster, am Frei., den 07. Mai 2004 ein.

Herr Bürgermeister Predeick heißt auch insbesondere Frau Lesting willkommen, die nach längerer, krankheitsbedingter Abwesenheit wieder anwesend ist und wünscht ihr gute Genesung.

Anschließend er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Einwohnerfragestunde**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

### **2. Befangenheitserklärungen**

Es erklärt sich niemand für befangen.

### **3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2004**

#### **Beschluss:**

Der Rat genehmigt einstimmig die Niederschrift über die Sitzung vom 09.02.2004.

### **4. Jahresrechnung 2003 mit Rechenschaftsbericht Vorlage: B 2004/201/0225**

Die Unterlagen „Jahresrechnung 2003 / Rechenschaftsbericht mit Anlagen“ liegen allen Ratsmitgliedern in gedruckter Form vor.

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2003 schließt mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Die bereinigten Solleinnahmen und Sollausgaben betragen jeweils:

im Verwaltungshaushalt	50.056.866,03 EUR
im Vermögenshaushalt	14.679.700,25 EUR
im Gesamthaushalt	64.736.566,28 EUR

Das Rechnungsergebnis liegt im Verwaltungshaushalt um	1.145.454,97 EUR
oder	2,24 %

unter dem Haushaltssoll von	51.202.321,00 EUR.
Im Vermögenshaushalt liegt das Rechnungsergebnis um	4.936.146,75 EUR
oder um	25,16 %
hinter dem Haushaltssoll von	19.615.847,00 EUR
zurück.	
Zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes war die im Haushalt eingeplante	
Rücklagenentnahme in Höhe von	5.347.822,00 EUR
nicht in voller Höhe erforderlich.	
Zum Ausgleich des Verwaltungshaushaltes wurden	2.510.367,57 EUR
aus der allgemeinen Rücklage entnommen und dem Verwaltungshaushalt zum Ausgleich	
zugeführt.	
Im Jahre 2003 erfolgte eine Kreditaufnahme in Höhe von	6.000.000,00 EUR
Der in der Jahresrechnung 2002 gebildete Haushaltseinnahmerest wurde bis auf einen	
Betrag i.H.v. 10.537,81 EUR in Anspruch genommen.	
Aus der Kreditermächtigung 2003 in Höhe von insgesamt	2.115.355,00 EUR
wurde ein Haushaltseinnahmerest in Höhe von	1.989.802,30 EUR
für 2004 gebildet.	
Eine Rücklagenentnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes war nicht erforder-	
lich.	
Nach der Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe	
von	2.510.367,57 EUR
beträgt der Bestand der allgemeinen Rücklage zum	
31.12.2003	6.056.402,72 EUR
Die Sonderrücklage für Kindergärten betrug am Ende des	
Haushaltsjahres	73.876,83 EUR
und die Sonderrücklage für Pensionsrückstellung beläuft sich	
zum 31.12.2003 auf	78.935,34 EUR.
Der Gesamtrücklagenbestand zum 31.12.2003 beträgt somit	6.209.214,90 EUR.
Als Mindestrücklagenbestand sind	966.112,06 EUR

erforderlich.

Unter Berücksichtigung der gezahlten Tilgungsleistungen in Höhe von 876.753,42 EUR

und unter Berücksichtigung der geleisteten Darlehensaufnahme beträgt der Schuldenstand am Ende des Haushaltsjahres 2003 51.066.215,56 EUR.

Der Gesamtschuldenstand hat sich gegenüber dem Vorjahr somit um 5.123.246,58 EUR erhöht.

## I. Haushaltsrechnung 2003 der Stadt Oelde

### Ergebnis des Gesamthaushaltes

Soll- Einnahmen Verwaltungshaushalt		50.470.807,70 €
Soll- Einnahmen Vermögenshaushalt		12.720.686,58 €
Summe Soll-Einnahmen		63.191.494,28 €
+ Haushaltseinnahmereste		1.989.802,30 €
Verwaltungshaushalt	- €	
Vermögenshaushalt	1.989.802,30 €	
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste		10.537,81 €
Verwaltungshaushalt	- €	
Vermögenshaushalt	10.537,81 €	
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste		434.192,49 €
Verwaltungshaushalt	413.941,67 €	
Vermögenshaushalt	20.250,82 €	
Summe bereinigter Soll-Einnahmen		64.736.566,28 €
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt		49.667.944,98 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt		11.485.241,04 €
	(darin enthalten Überschuss gem. § 41 Abs. 3 GemHVO: - €)	
Summe Soll-Ausgaben		61.153.186,02 €
+ neue Haushaltsausgabereste		3.934.798,21 €
Verwaltungshaushalt	425.589,21 €	
Vermögenshaushalt	3.509.209,00 €	
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste		351.417,95 €

Verwaltungshaushalt	36.668,16 €	
Vermögenshaushalt	314.749,79 €	
./. Abgang alter Kassenausgabereste		- €
Verwaltungshaushalt	- €	
Vermögenshaushalt	- €	
Summe bereinigter Soll-Ausgaben		64.736.566,28 €
Überschuss oder Fehlbetrag(-)		- €
Oelde, den 27.02.2004		Oelde, den 27.02.2004
Aufgestellt:		Festgestellt:
gez.		gez.
Jathe		Predeick
Stadtoberrechtsrat		Bürgermeister

## Haushaltsrechnung 2003 der Stadt Oelde

### Ergebnis des Verwaltungshaushaltes

Soll- Einnahmen Verwaltungshaushalt	50.470.807,70 €
Summe Soll-Einnahmen	50.470.807,70 €
+ Haushaltseinnahmereste	- €
./. Abgang alter Haushaltseinnahmereste	- €
./. Abgang alter Kasseneinnahmereste	413.941,67 €
Summe bereinigter Soll-Einnahmen	50.056.866,03 €
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt	49.667.944,98 €
Summe Soll-Ausgaben	49.667.944,98 €
+ neue Haushaltsausgabereste	425.589,21 €
./. Abgang alter Haushaltsausgabereste	36.668,16 €
./. Abgang alter Kassenausgabereste	- €
Summe bereinigter Soll-Ausgaben	50.056.866,03 €
Überschuss oder Fehlbetrag(-)	- €

Oelde, den 27.02.2004  
 Aufgestellt:  
 gez.

Oelde, den 27.02.2004  
 Festgestellt  
 gez.

Jathe  
 Stadtoberrechtsrat

Predeick  
 Bürgermeister

## Haushaltsrechnung 2003 der Stadt Oelde

### Ergebnis des Vermögenshaushaltes

Soll- Einnahmen Vermögenshaushalt	12.720.686,58 €
Summe Soll-Einnahmen	12.720.686,58 €
+ Haushaltseinnahmereste	1.989.802,30 €
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste	10.537,81 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste	20.250,82 €
Summe bereinigter Soll-Einnahmen	14.679.700,25 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt	11.485.241,04 €
( darin enthalten Überschuss gem. § 41 Abs. 3 GemHVO:	0,00 €)
Summe Soll-Ausgaben	11.485.241,04 €
+ neue Haushaltsausgabereste	3.509.209,00 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste	314.749,79 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste	- €
Summe bereinigter Soll-Ausgaben	14.679.700,25 €
Überschuss oder Fehlbetrag(-)	- €

Oelde, den 27.02.2004  
 Aufgestellt:  
 gez.

Jathe  
 Stadtoberrechtsrat

Oelde, den 27.02.2004  
 Festgestellt  
 gez.

Predeick  
 Bürgermeister

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Oelde verweist einstimmig die Jahresrechnung 2003 mit dem Rechenschaftsbericht an den Rechnungsprüfungsausschuss.

### **5. Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit Anlagen für das Haushaltsjahr 2004 Vorlage: M 2004/201/0208**

Die im Rat vertretenen Parteien halten die folgenden Haushaltsreden:

#### **Herr Gresshoff für die CDU-Fraktion:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
 sehr geehrte Damen und Herren,

„Wenn einem Esel der bereits einen schweren Sack trägt, ein weiterer Sack aufgeladen wird, ist das vielleicht ein Vertrauensbeweis für den Esel aber keine Stärkung.“(Manfred Rommel)

So ähnlich können wir uns die Situation der Städte und Gemeinden in unserem Land vorstellen. Ständig weitere, ständig neue Aufgaben – unterm Strich keinerlei Entlastung! Wo das zwangsläufig hinführt kann sich natürlich jeder vorstellen. Die Zahl der Gemeinden, die in diesem Jahr in NRW neu in das Haushaltssicherungskonzept geraten sind, spricht ihre eigene Sprache. Nach wie vor zahlt in unserem Land nicht derjenige die Musik, der sie bestellt hat, was dazu führte, dass es bei uns mittlerweile schon 139 Städte und Gemeinden sind, die sich in ihren Haushaltsberatungen nur noch um gesetzliche Pflichtaufgaben kümmern dürfen und keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten mehr haben. Sicher wird gleich aufgelistet werden, was wir an Zuschüssen, Zuweisungen und neuen Wohltaten aus Düsseldorf in diesem Jahr bekommen, doch saldieren wir alles dieses mit den Positionen, die wir im Auftrage des Landes erledigen, mit Aufgaben die wir neu zu tragen haben und ziehen die Geschenke wieder ab, die wir im nächsten Jahr sowieso wieder abgeben müssen, so sieht die Bilanz für uns nach wie vor sehr dürrtig aus.

Da ich mich mit den Belastungen unserer Stadt durch Bund und Land in meiner letzten Haushaltsrede ausführlich beschäftigt habe und es bislang immer noch keine Gemeindefinanzreform gegeben hat, die den Namen auch verdient, möchte ich heute nicht nochmals das Thema aufgreifen. Unsere Aufgabe ist es, mit den Bedingungen zurecht zu kommen, die uns gegeben sind. Hier noch weiter zu lamentieren, ist nicht nützlich und vergeudet nur Energien.



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ausgaben, die im Haushalt 2004 am meisten gestiegen sind, sind mit Abstand die der Sozial – und Jugendhilfe. Wir haben hier eine Steigerung von fast 640 000 Euro zu verbuchen, was nicht weniger als 21,7 % gegenüber dem Vorjahr sind. Von diesen Mehrausgaben fallen alleine 513 000 Euro auf den städtischen Finanzierungsanteil für die Sozialhilfeausgaben des Kreises. Dieses sind Summen, die jedem wohl zu denken geben müssen. Können hier durch noch weitere präventive Maßnahmen positive Effekte erzielt werden? Unbestritten ist sicher bei jedem, dass die Projekte Pro Arbeit Oelde oder die Ausweg GmbH des Kreises hervorragende Arbeit leisten und uns unterm Strich viel Geld einsparen. Nur muss die Frage erlaubt sein, reicht das aus was wir leisten, -reicht es aus, was im Kreis Warendorf geleistet wird. Was wird erst passieren, wenn Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden. Bedeutet das dann nicht den totalen Kollaps für uns und unseren Kreis?

Zuerst einmal ist natürlich festzuhalten, dass es aus ersten Überlegungen heraus durchaus positiv sein muss, wenn die Kommune, in unserem Fall die Stadt Oelde sich selbstständig um die Arbeitslosenvermittlung bzw. Arbeitslosenhilfe kümmert. Kennen wir hier vor Ort unsere Betroffenen doch besser als eine Vermittlungsagentur und wahrscheinlich können wir auch besser helfen. Hier sei nochmals auf die guten Erfolge unseres Sozialamtes hingewiesen. Doch der Haken liegt bei der Finanzierung.

Arbeitsvermittlungsagenturen bekommen vom Bund bzw. der Arbeitslosenversicherung Geld als Fallpauschale sowie Verwaltungsausgaben überwiesen. Dieses wäre gegenüber einer Kommune nicht so einfach zu händeln, da zwischen Bund und Kommunen keine Finanzbeziehungen bestehen und der Bund auch keine Verwaltungskosten von Ländern und Kommunen übernehmen darf. Hier müsste erst noch eine verfassungsrechtlich abgesicherte Regelung bzw. Absicherung zwingend geschaffen werden.

Ein Riesenproblem ergibt sich auch aus der Finanzierung. Wenn wir diese Arbeitslosenhilfe einmal in das Jahr 2002 rück-übertragen würden, wo wir ja einigermaßen gesicherte Zahlen haben, tut sich eine riesige Finanzierungslücke auf. Die Ausgaben für die bestehenden Sozialhilfe-Leistungen sowie Wohngeld, Grundsicherung und Arbeitslosengeld II würden sich auf ca. 31,9 Mio. Euro für den Kreis Warendorf belaufen. Dieser Betrag würde um 13,2 Mio. Euro höher liegen als der bisherige Betrag. Aufgrund der bestehenden Gesetzeslage würden über einen komplizierten Verteilungsschlüssel gerade einmal 2,90 Mio. Euro zum Kreis Warendorf zurückfließen. Es bliebe so ein Finanzierungsloch von 10,3 Mio. Euro. Ich denke, solange hier nicht noch deutlich bei der vorgesehenen Finanzierung nachgebessert wird, ist die geplante Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II für Kreis und Stadt nicht erstrebenswert. Diese Berechnungen habe ich übrigens vom Sozialausschuss des Kreises Warendorf und bin überzeugt davon, dass diese Zahlen trotz aller Unwägbarkeiten doch die richtige Richtung weisen. Ob sich das Hartz IV Konzept wirklich durchsetzen wird, ist zurzeit eher unwahrscheinlich. Leider gehen damit aber auch gute Ansätze verloren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein weiterer und sehr wichtiger Schwerpunkt in der Sozial- und Jugendhilfe ist das Thema der Integration unserer Migranten-Familien sowie unseren nicht deutsch sprechenden Mitbürgern. Hier gibt es aus Sicht der CDU dringenden weiteren Handlungsbedarf. Es ist schon erschreckend, wie viele Kinder bei der Einschulung nicht oder nur unzureichend der deutschen Sprache mächtig sind und da hilft dann auch das beste Schulsystem der Welt nicht mehr. Unter solchen Mitschülern leidet die ganze Klasse, und die Defizite können auch nicht mehr aufgeholt werden. Die CDU Fraktion ist schon der Meinung, dass ein großer Teil dieser Integrationsarbeit von der Stadt ausgehen muss, aber sie kann mit Sicherheit nicht das ganze Spektrum abdecken. Hier sind auch Kirchen, Vereine, Parteien und vor allem auch die Bürger unserer Stadt aufgefordert, zu überlegen, wie sie sich diesem zunehmenden Problem stellen können und wollen. Dabei kann es mit Sicherheit nicht darum gehen, die Migranten, woher sie auch kommen mögen, einzudeutschen! Vielmehr muss es darum gehen, deren Glauben, Kultur und Traditionen zu akzeptieren und zu versuchen diesen Menschen unsere Kultur näher zu bringen. Aber eine gewisse Bring-Schuld bzw. erkennbaren Integrationswillen, sollten wir schon einfordern. Auch erwarte ich von diesen Mitbürgern ganz deutlich, dass sie unsere Rechtsform und unser Rechtswesen akzeptieren und auch danach handeln.

Vor diesem Hintergrund möchte die CDU Fraktion die Stelle der Verwaltungsmitarbeiterin, die bei der Integration Russlanddeutscher Jugendlicher hervorragende Arbeit leistet, auch über den Gültigkeitsrahmen dieses Haushaltes verlängern.

Liebe Ratsmitglieder,

nach wie vor zählt zu den temporären Problemen unserer Stadt die Situation der Kindergärten. Wie erwartet, entspannt sich die Situation bezogen auf unser Stadtgebiet, jedoch ist ein großer Überhang im Oelder Norden nicht zu verkennen. Deshalb sind wir sehr froh darüber, dass sich die Katholische Kirchengemeinde St. Josef dafür eingesetzt hat, eine weitere Gruppe an den Josefs-Kindergarten anzubauen. Des Weiteren stehen auf Antrag der CDU Fraktion 30 000 Euro im Haushaltsplan für die Erweiterung und Qualitätsverbesserung des Katholischen Kindergartens in Lette, um der Kirche auch hier Unterstützung zukommen zu lassen.

Um noch einmal auf mein vorheriges Thema zurückzukommen. Mittlerweile finden auch schon in verschiedenen Kindergärten bzw. Tageseinrichtungen Sprachkurse für Mutter- und Kind-Gruppen mit großem Erfolg statt. Sicher ist hier in Zukunft zu überlegen, ob diese Kurse noch ausgeweitet werden können, - eventuell auch durch Sponsoren- oder Stiftungsgelder da garantiert mittel- bis langfristig die öffentlichen Gelder nicht mehr in den Maßen zur Verfügung stehen, wie wir diese wohl benötigen werden.

Verehrte Damen und Herren,

nichts ist so gut, als dass es nicht noch besser sein könnte. Diese Volksweisheit ist sicher richtig. Doch übertragen wir diese auf unsere Schulen in Oelde, so können wir meiner Einschätzung nach mit ruhigem Gewissen sagen, dass wir einen guten Stand erreicht haben, erst recht verglichen mit anderen Städten. Wo noch Handlungsbedarf ist, stehen auch entsprechende Gelder im Haushaltsplan. Z.B. die Fassadensanierung an der Roncalli-Schule als beginnende Maßnahme oder die gewaltige Fenstersanierung bei der Theodor-Heuss-Schule. Auch beim TMG geht es weiter. Die Realschulerweiterung ist abgeschlossen und erfreut sich großen Lobes. Auch die Ausstattung unserer Schulen mit Computern ist abgeschlossen. Zurzeit werden bei verschiedenen Schulen noch die Heizungsanlagen auf den neuesten Stand gebracht. In diesem Zusammenhang möchten wir seitens der CDU – Fraktion unseren damaligen Energiesparwettbewerb wieder zum Leben erwecken. Da mittlerweile Turnhallen und Schulräume heizungstechnisch getrennt sind, sollten wir den Wettbewerb auch auf Heizungsenergien ausdehnen. Wir hoffen hierbei durchaus auf gleichgute Ergebnisse wie beim letzten Mal. Ich möchte hiermit die Vorsitzende des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr auffordern, dieses Thema bald mit in die Tagesordnung zur Beratung aufzunehmen.

Gelder in ein Energiesparkonzept zu investieren, wie es die Grünen fordern, halte ich bezogen auf unsere Stadt Oelde nicht für erforderlich und auch nicht für sinnvoll. Gelder in ein Energiesparkonzept zu investieren bedeutet nichts anderes, als dass man Schwachstellen in einem System aufdeckt bzw. auflistet - nicht weniger aber auch nicht mehr.

Seitens der CDU Fraktion sind wir vielmehr der Überzeugung, dass Handeln gefragt ist. 10.000 Euro, investiert in eine moderne Heizungsanlage, sind mir umweltpolitisch wesentlich lieber als im Besitz einer Hochglanzanalyse zu sein, die wir dann anschließend beweinen können. Vielmehr sollten wir hier mehr Vertrauen zu unserer Bauverwaltung haben und auch zu unserem Bauausschuss der sich ebenfalls mit energiepolitischen Dingen beschäftigen soll. Und dass wir in Oelde Umweltafrevler sind, wird ernsthaft wohl keiner behaupten können. Ich möchte hier nur die Solarheizanlage an der Realschule oder die Absicht, dass die Stadt Oelde sich an einer Photovoltaikanlage zu beteiligen, erinnern. Auch ist die Besatzdichte der Windkraftanlagen, die unsere Stadt umgibt, nur an wenigen Standorten in unserem Land so hoch wie in Oelde. Deren positive Umweltbilanz muss sich allerdings meiner Meinung nach erst noch bestätigen.

Was die CDU Fraktion im Rat der Stadt Oelde ausdrücklich mittragen wird und auch aktiv weiterentwickeln hilft ist das Thema der Ganztagschule. Bernie Recker hat sich hier als Schulpolitischer Sprecher der Landes CDU sehr stark für die offene Ganztagschule gemacht und wir werden ihn hier auch deutlich unterstützen. Zwar erwarten wir, und das möchte ich hier ganz deutlich sagen, dass wenn der Name Schule davor steht auch Schule dahinter steckt. Dass es da Anlaufschwierigkeiten geben kann, ist sicher unbestritten, doch das Ziel muss klar sein. Hier muss die Landes-SPD meiner Meinung

nach noch deutlicher erklären, wie die ganze Sache funktionieren soll. Nur einen anderen Namen für bereits bestehende Strukturen zu finden wird der Sache in keinsten Weise gerecht. Auch müssen wir hier mit offenen Karten spielen und von vorne herein sagen, dass dieses System Geld kostet, welches auch durch die Eltern aufgebracht werden muss.

Liebe Ratsmitglieder,

wenn man Vater von eines 8-jährigen Sohnes ist, der in einem Verein Fußball spielt, steht man fast jeden Samstag auf einer Sportanlage in unserem Kreisgebiet und auch darüber hinaus. Und wenn man dann noch Kommunalpolitiker ist, vergleicht man automatisch die verschiedenen Sporthallen und Fußballplätze im Kreisgebiet mit den Gegebenheiten daheim.

Verehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen versichern dass wir auf diesem Gebiet keinen Vergleich scheuen brauchen. Ich bin überzeugt davon dass so eine Anlage wie unser Jahnstation im weiten Umkreis seines gleichen sucht. Letztes Jahr im Sommer konnten wir alle an der feierlichen Einweihung des neuen Allwettersportplatzes mit den daneben liegenden Beachvolleyballfeldern teilnehmen. Diese Anlagen bilden nun das so genannte I-Tüpfelchen auf eine Sportarena, die nicht zuletzt auch auf Grund der persönlichen Ausstrahlung dieser Anlage seines gleichen rund um Oelde sucht und ich bin überzeugt davon, dass die Sportler sich hier wohl fühlen und so motiviert schnell zu ihren Bestleistungen finden. Vielleicht sollte man auf Grund der Euphorie lieber nicht darüber nachdenken, dass der Allwetterplatz schon hätte dort viel früher und mit einer deutlich besseren Förderung entstehen können. Dass die CDU Fraktion in gleicher Weise wie die Grünen sich für das Vorziehen der Behinderten Toilette in dieses Haushaltsjahr einsetzt, braucht sicher nicht weiter diskutiert werden und ist bei allen Parteien Konsens.

Nicht ganz so positiv sieht es bei der Dreifachturnhalle am Hallenbad aus. Hier besteht allein in sicherheitstechnischer Hinsicht dringender Handlungsbedarf. Daher ist der erste Ansatz von 300 000 Euro in diesem Jahr zur Grundsaniierung absolut erforderlich und auch nicht mehr aufschiebbar. Mängel an Hallendecke, -Boden oder Lüftung können auf Dauer keinen vernünftigen Sportbetrieb mehr gewährleisten, so dass es nun dringend an der Zeit ist, zu handeln.

Liebe Ratsmitglieder,

als wir letztes Jahr gemeinsam unsere Ratstour zur LGS nach Gronau und Losser gemacht haben, war ein ganz wichtiger Tagesordnungspunkt die Besichtigung der Veranstaltungshalle auf dem LGS Gelände. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass über alle Parteigrenzen hinweg sich jeder vorstellen konnte, dass solch eine Halle mit modifiziertem Aussehen und Ausstattung gut auch in unsere Heimatstadt passen würde. Die anschließenden Diskussionen haben meinen Eindruck nach das nur noch bestätigt. Doch wenn man dann wieder nach Hause kommt, holt einen ganz schnell der Alltag wieder ein und wir müssen traurig erkennen, dass es zurzeit in unserer Stadt eine ganze Menge wichtigere Dinge gibt, in die wir investieren müssen.

Verehrte Damen und Herren, das kann mich aber nicht davon abhalten, mir die Vision zu bewahren, dass wir eines Tages in Oelde eine solche Halle haben werden, eine Veranstaltungshalle zu einem Kunst- und Kulturangebot, was weit und breit seines gleichen sucht. Hier möge sich jeder nur einmal den Katalog der Veranstaltungen vor Augen halten, die alleine in diesem Sommer in unserer Stadt stattfinden. Ein Angebot, was für alle attraktiv ist, ein Angebot, was uns von vielen vergleichbaren Städten absetzt und ein Angebot welches uns bei Bürgern, Industriellen und Investoren in unserem Land durchaus interessant macht.

Da wir uns aber nun einmal eine solche Veranstaltungshalle zurzeit nicht erlauben können, müssen wir eben mit den Möglichkeiten zurechtkommen, die vorhanden sind. Da bleibt dann nach wie vor die Nutzung unserer Dreifachturnhalle am Hallenbad, wie bisher. Um hier aber einen Mindeststandard gewährleisten zu können, um gesetzliche Auflagen nachzukommen sind, entsprechende weitere Investitionen dringend erforderlich. Die CDU Fraktion ist überzeugt davon, dass die Inanspruchnahme der 150 000 Euro, die für diesen Zweck als Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan stehen, zwingend erforderlich ist. Nicht zuletzt auch deshalb, um hier den Grundstein für ein besseres Ambiente dieser Halle zu setzen.

Liebe Ratsmitglieder, in Zeiten, wo die Wirtschaft lahmt und die Finanzsituation für die Kommunen immer schwieriger wird, muss man zwangsläufig darüber nachdenken, wo und wie man die fehlenden Gelder einsparen kann. Doch ich bin der Meinung, dass wir diese Überlegungen sehr sorgfältig vornehmen müssen, um nicht ungewollt Hüftschüsse abzusetzen. Wir dürfen bei all den Sparzwängen, denen wir ausgesetzt sind, nicht vergessen, dass wir, ob wir es wollen oder nicht, mit anderen Städten in unserem Gebiet in einem intensiven Wettbewerb stehen. Nicht nur um Kaufkraft und Arbeitsplätze. Auch um Bürger, die sich in unserer Stadt niederlassen und durch Gründung von Familien die Infrastruktur in Oelde sichern. Doch vor dem Hintergrund der stark abnehmenden Bevölkerungsstruktur in unserem Land ist das alles natürlich nicht selbstverständlich. Hier müssen wir uns deutlich von anderen Städten absetzen und Oelde als wirklich lebenswerte und kinderfreundliche Stadt erhalten und sogar noch weiterentwickeln. Ein ganz besonders wichtiger Meilenstein auf diesen dornigen Weg ist das Forum Oelde mit dem Vier-Jahrezeiten-Park und dem außergewöhnlichen Kulturangebot, welches weit über unsere Grenzen Anerkennung findet. Gelder in diesem Bereich zu kürzen, halte ich mittel- bis langfristige für fatal und für nicht wieder gutzumachen. Ein Wirtschaftsunternehmen, welches in einen finanziellen Engpass geraten ist, wird es sich niemals leisten können, bei den Produktionsmitteln oder bei der Qualität zu sparen. Ein Hotelier wird es nicht überleben, wenn er beim Gast spart und eine Kommune wird ebenfalls zu Grunde gehen, wenn sie an den so wichtigen Standortfaktoren spart. Der Unternehmer wird nur dann überleben, wenn er seine Produktion effektiv aufbaut und bei sich selber spart. Gleiches gilt natürlich auch für Städte. Da das Wirken des Eigenbetrieb Forum mit all seinen verschiedenen Aktionen wie zum Beispiel die Aktion ab in die Mitte, die auf Kinderträume eingehen soll, das Klipp Klapp Museum in der neuen Gestaltung oder die verschiedenen Regionale Projekte so wichtig für unsere Stadt Oelde ist, lehnt die CDU-Fraktion eine Kürzung der Zuweisungen an Forum Oelde ab. Auch ganz unabhängig davon, dass dieser Haushalt bereits beschlossen wurde. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der CDU Fraktion nochmals ausdrücklich bei den verschiedenen Sponsoren für den Vier-Jahrezeiten-Park bedanken, die sehr viel Geld in diesen Park investieren und ohne die mache Projekte nicht realisierbar wären. Ganz besonders mit einschließen möchte ich hier auch den, oder besser gesagt unseren Förderverein des Vier-Jahrezeiten-Park, der eigentlich gar nicht mehr wegzudenken ist. Was ein Großteil der Mitglieder für unseren Park leistet, ist schon außerordentlich beeindruckend und gebührt ehrlicher Anerkennung.

Verehrte Damen und Herren,

im gleichen Zusammenhang ist auch das äußerliche Erscheinungsbild unserer Stadt zu bewerten. Daher beantragt die CDU Fraktion 175 000 € für die Fassadensanierung der Alten Post. Hierbei gehen wir davon aus, dass wir einen Zuschuss von 53.000 Euro vom Land bekommen. Somit haben wir wiederum einen wichtigen Baustein für die nachhaltige Sicherung unserer Innenstadt gelegt. Vor dem gleichen Hintergrund sehen wir auch den Antrag der Verwaltung, 12000 € in den 2. Bauabschnitt unseres Bahnhofes zu investieren, da wir hier nun endlich einen gewerblichen Nutzer gefunden haben. Damit wäre das Bahnhofsgebäude nun vollständig saniert und präsentiert sich als eines der Wahrzeichen unserer Stadt in einem hervorragenden Zustand. Gleichzeitig präsentiert sich dieses Areal mit dem Bahnhofsgebäude, die neu gestaltete Sparkasse und die Alte Post im neuen Kleid als ein weiteres ansprechendes Entree in unsere Stadt.

Nur leider müssen wir hier, wie auch an anderen prädestinierten Stellen in unserem Stadtgebiet feststellen, dass sich Vandalisten und zerstörungswütige, wahrscheinlich Jugendliche, einen Spaß daraus machen, mit Farben und anderen Mitteln, Zerstörung und Unordnung zu verbreiten. Die CDU Fraktion ist der festen Meinung, dass wir Oelder Bürger uns das nicht bieten lassen dürfen und beauftragen hiermit die Verwaltung, nach geeigneten technischen Mitteln zu suchen, um hier den Tätern auf die Spur kommen zu können.

Verehrte Damen und Herren,

auch in unseren Ortsteilen, die nicht zuletzt auch den Charme unserer Stadt ausmachen, bleibt die Zeit nicht stehen. Zwar hat die CDU beantragt, die 25.000 € zur Überplanung des historischen Ortskerns in Stromberg, die wir im letzten Jahr eingebracht haben, wieder zu streichen, da die angekündigten Fördermittel nicht fließen. Dennoch stehen nach wie vor noch Mittel im Haushaltsplan für ein Entwicklungs- und Zukunftskonzept für Stromberg zur Verfügung. Des Weiteren nehmen die Planungen

für das Gewerbe- und Wohngebiet Stromberg West zunehmend Gestalt an. Auch in Sünninghausen wird investiert. Dort wird in diesem Jahr mit den Kanalarbeiten und somit auch mit der Neugestaltung der Dorfstrasse begonnen. Genügend Bauplätze sind in Sünninghausen zurzeit noch vorhanden. Mit durchaus großem Interesse verfolgen wir die Entwicklung des Baugebietes „Schulze-Sünninghausen“, welches einmal als Ökosiedlung geplant war. Hier wünschen wir den Investoren viel Erfolg bei der Vermarktung. Endlich steht auch in Lette das Baugebiet südlich der Herzebrocker Strasse zur Verfügung. Diese Realisierung hat sich auf Grund verschiedener Probleme, die zu bewältigen waren, leider außergewöhnlich lange hingezogen. Das in Lette 25 000 € für ein Gerätehaus auf dem städtischen Friedhof investiert werden müssen, ist in unseren Reihen sicher unbestritten und Konsens. Die 30.000 € Zuschuss für den Katholischen Kindergarten in Lette hatte ich schon am Anfang meiner Rede erwähnt.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

schon seit über einem Jahr diskutieren wir nun über unser Fachmarktzentrum „Aue Park“. In dieser Zeit haben wir alle viel gelernt, haben Gutachten studiert, Standortanalysen verfolgt, und mit Betroffenen diskutiert. Wir haben ein neues Konzept für unsere Innenstadt in Auftrag gegeben, haben Marktanalysen ausgewertet und haben gelernt, dass für die Stadt Oelde nach Abwägung aller Argumente und Fakten definitiv der optimale Standort des Fachmarktzentrums verkehrsgünstig gelegen der Standort am Aue Park ist. Deshalb der richtige Standort ist, um verlorengegangene Kaufkraft wieder zurück zu gewinnen. Dieses wird auch von der Bezirksregierung und von der IHK genauso gesehen, die nicht zuletzt auch die Interessen benachbarter Kommunen und Gewerbetreibender berücksichtigen müssen. Vor genau diesem Hintergrund muss ich sagen, dass es mich schon gewaltig überrascht hat, dass die SPD quasi nach Abschluss aller Überlegungen plötzlich einen ganz neuen Standort aus dem Hut zaubert. Dieser Standort soll nun plötzlich und unerwartet in unserem neuen Gewerbegebiet am Sudbergweg sein. Ein Standort der ja wohl wirklich nicht als integriert bezeichnet werden kann und sich nun wirklich auf der grünen Wiese befindet. Fußläufig oder mit dem Fahrrad wohl kaum zu erreichen ist. Als Begründung war zu erfahren, dass man es sich als SPD nicht vorstellen kann, dass private Investoren ihr Geschäft machen dürften. Ich möchte hier nur noch einmal daran erinnern, dass Sie durch solch eine Einstellung vor nicht langer Zeit schon einmal ein großes und wichtiges Projekt für unsere Stadt verhindert haben. Doch die größte Überraschung folgte dann im Planungsausschuss. Haben wir alle nach der vollmundigen Ankündigung in der Presse einen Antrag der SPD zu diesem Thema erwartet. Es passierte zu unserer Überraschung rein gar nichts in dieser Richtung, was sicher auch viele unserer Bürger mächtig verblüfft hat. Es ist mit Sicherheit nicht meine Aufgabe, die Vorgehensweise anderer Parteien zu bewerten, doch wenn, wie hier in diesem Fall eine riesige Verunsicherung in unserer Bevölkerung auftritt, wo Bürger am Ende gar nicht mehr verstehen wie Kommunalpolitik funktioniert oder besser praktiziert wird, da finde ich eine solche Vorgehensweise schon sehr bedenklich; einmal ganz unabhängig von der ideologischen Einstellung gegenüber privaten Investoren gesehen.

Den gleichen Appell möchte ich auch an das Komitee Oelder Kaufleute richten. Ich möchte diese Mitglieder doch wirklich einmal bitten ernsthaft darüber nachzudenken, ob es der richtige Weg ist, drohende Konkurrenz mit einer Klage zu verhindern. Ist es nicht viel besser den Kunden zu beweisen, dass Sie besser in Ihrem Laden versorgt werden, als diese zu disziplinieren? Sicher wird es durch das Fachmarktzentrum zu einem Strukturwandel in unserer Innenstadt kommen, und glauben Sie mir verehrte Damen und Herren, ich komme aus der Landwirtschaft, - ich weiß, was Strukturwandel heißt und bedeutet. Nur derjenige, der es schafft sich dem Wandel der Zeit anzupassen, wird diese auch überleben. Und dazu gehört es auch, dass man seine Energien richtig bündelt und zielgenau einsetzt. Hat nicht dieser Strukturwandel in den letzten Jahren schon längst in Oelde eingesetzt. Insofern hätte der Herr Rodriguez schon längst damit anfangen können, Konterfeis von CDU-Ratsmitgliedern in leer stehenden Oelder Geschäften auszuhängen. Aus meiner Sicht wird es endlich Zeit, dass das Fachmarktzentrum und auch das Möbelhaus Zurbrüggen, worauf wir uns sehr freuen, nach Oelde kommt. Und ich bin sicher, dass die Geschäftsleute in der Innenstadt, die sich auf die neue Situation einstellen können, auch von der deutlich steigenden Kundenfrequenz, die für unsere Stadt zu erwarten ist profitieren werden.

Verehrte Damen und Herren,

dass unsere Stadt Oelde mittlerweile zu einem Markenzeichen über unsere Region hinaus geworden ist, lässt sich unschwer an der nach wie vor regen Bautätigkeit in unserer Stadt ablesen. Ist es so, dass benachbarte Städte mittlerweile ihre Bauplätze wie Sauerbier anbieten müssen, können wir uns in Oelde auch schon über Bewerber für unsere Bauplätze freuen, die von weit außerhalb zu uns kommen wollen. Dieses zeigt doch ganz eindeutig, dass wohnen in Oelde in verschiedener Weise lukrativ sein muss. Ausschlaggebend dafür ist sicher nicht nur ein spezieller Aspekt, sondern hier kommt die ganze Bandbreite die eine Stadt zu bieten hat zum tragen. Dieses geht über Bauplatzpreise, Steuern und Gebühren, Kultur und Wirtschaft, Zentralität und Schulanangebot bis hin zur Kinderfreundlichkeit unserer Stadt, um nur einmal einige Aspekte aufzuführen. Ohne jetzt unbescheidenen zu wirken, bin ich doch der Meinung, dass die Politik hier in der Vergangenheit einiges richtig gemacht haben muss. Zwar wurden bei unserer Stadtentwicklung viele Beschlüsse gemeinsam gefasst, doch kann die CDU Fraktion sich als Mehrheitspartei in Oelde durch aus als Motor dieser Entwicklung bezeichnen. Nur eines ist auch klar: auf diesem Lorbeeren dürfen wir uns natürlich nicht ausruhen. Wie die Stadtentwicklung in den nächsten Jahren sich darstellen wird, wird die Zeit zeigen. Unsere Aufgabe hier im Rat und in den Parteien ist es, uns schon heute Gedanken über die Zukunft zu machen. Dazu gehören auch die Bereiche der Kindergärten und Schulentwicklung, Städtische Einrichtungen, Wirtschaft und Wohnen. Die CDU Fraktion wird sich wie auch in der Vergangenheit diesen Aufgaben stellen und zukunftsorientiert weiterarbeiten.

Zu dem Thema Zukunftsorientiert gehört mit Sicherheit auch das Thema Gewerbegebiet Marburg. Wie lange die Entwicklung dieses interkommunalen Gewerbegebietes noch dauern wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Doch dass die Entwicklung auf einem guten Weg ist, ist sicher, - und wird und auch von unseren Marktanalysten bestätigt. Wir haben dort durchaus einen Standort- und einen Zeitvorteil gegenüber vergleichbaren Gewerbegebieten. Wie sich dieses Gebiet dann noch im einzeln entwickeln wird, wird noch zu beurteilen sein. Das Startkapital für die Marburg haben wir aus unserem städtischen Haushalt geleistet. Weitere Mittel werden jetzt durch die Gesellschaft aufgebracht und den städtischen Haushalt direkt nicht belasten.

Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder, wenn man in einer Stadt die politische Verantwortung trägt, muss man irgendwann einmal Farbe bekennen. Farbe bekennen heißt in unserem Fall, heute die Verantwortung für den Haushaltsplan 2004 zu übernehmen. Farbe bekennen heißt aber auch, deutlich zu machen wie eine politische Partei sich Politik vorstellt. Hierbei geht es um Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Das Gegenteil wäre Unberechenbarkeit und damit auch Unverlässlichkeit, eine Katastrophe für jede Stadt und das Ende konstruktiver Politik.

Erstmals, zumindest solange ich aktiv in der Kommunalpolitik tätig bin, beschließen wir den Haushalt erst sehr spät, Ende April. Die Gründe dafür sind klar und nachvollziehbar, dennoch bin ich der Meinung, wir sollten wieder dahin kommen, den Haushaltsplan im November einzubringen. Ein nützlicher Nebeneffekt einer vorläufigen Haushaltsführung ist zwar die aufgezwungene Sparsamkeit, jedoch relativiert sich das auch wieder mit der Zeit und außerdem brauchen wir in Oelde nicht zu solchen Mitteln greifen.

Sicherlich mag auf dem ersten Blick jeder erschrecken, wenn er den Schuldenstand unserer Stadt als nackte Zahl betrachtet. Doch zu einer objektiven Beurteilung der Finanzlage unserer Stadt gehört es auch, sich intensiv mit Soll und Haben auseinander zu setzen. Natürlich ist jeder Euro an Schulden unangenehm und es sind Zinsen dafür aufzubringen. Doch wir müssen auch unser Kapital, welches wir als Stadt z.B. in Grundstücken, Gewerbeflächen oder unsere Kläranlage haben und das uns Zinsen bringt, dagegen halten. Dann sieht die Situation gleich viel freundlicher aus und so sieht es natürlich auch die Finanzaufsicht. Viele Städte in unserem Land wären froh, wenn sie unsere Probleme hätten. Bei denen steht eben kein Kapital mehr hinter den Schulden und da müssen eben die Bürger mit ihrer Schaffenskraft für die immer neuen Kredite gerade stehen.

Eine der besten Entscheidungen der letzten Jahre hier im Rat war die teilweise Übernahme der Energieversorgung durch die EVO. Durch deren Erträge wird der Zuschussbedarf der WBO mehr als

gedeckt. Leider konnten wir seinerzeit nicht mehr Prozente erwerben, was natürlich im Nachhinein sehr schade ist.

Leider ist es so, dass wir in diesem Jahr unsere Rücklagen stark in Angriff nehmen müssen, mit dem Ziel keine Kredite aufzunehmen. Wie viel es am Ende wirklich ist, wird sich nach Rechnungsabschluss dann zeigen. Einen Großteil der Gründe habe ich hier in meiner Rede schon aufgeführt. Diese Entwicklung ist auf Dauer natürlich nicht gesund, und es ist unsere vornehmliche Aufgabe diese nachhaltig wieder umzukehren. Mittelfristig wird uns das auch gelingen, wie die Finanzplanung der kommenden Jahre zeigt. Nur das bedeutet klar und deutlich auch, dass keine weiteren Belastungen von außen auf uns zukommen dürfen und die wirtschaftliche Lage sich in unserem Lande wieder erholt. Bei der wirtschaftlichen Lage bin ich sehr zuversichtlich, nicht jedoch bei weiteren Belastungen. Wenn ich mir hier nur einmal die Steigerungen bei den Ausgaben für Übersiedler und Asylanten anschau, müssen schon alle Alarmglocken läuten. Eine weitere Steigerung der Sozialausgaben werden wir nicht überstehen können. Hier muss dringend etwas geschehen. Leider hat sich das Hartz IV Konzept voraussichtlich als Luftblase erwiesen, ich habe es am Anfang meiner Rede erwähnt, mit der Folge, dass sich die Situation der Betroffenen weiter verschärfen wird.

Liebe Ratsmitglieder, verehrte Damen und Herren  
Liebe Bürger unserer Stadt,

trotz der Probleme und Aufgaben die unsere Stadt zu bewältigen hat und mit Sicherheit auch bewältigen wird, und die noch auf uns zukommen werden, haben wir heute wiederum einen Haushaltsplan zur Abstimmung vorliegen.

Dieser Haushaltsplan wurde von der Verwaltung erarbeitet, von den Parteien hier im Rat diskutiert und beraten, Änderungen wurden eingearbeitet und steht nun heute zur Abstimmung.

Die CDU Fraktion wird diesem Haushaltsplan,

- der ausgeglichen ist
- der ausgewogen finanziert ist
- der zukunftsorientiert und zukunftsfähig ist
- der sozial ausgewogen ist

seine uneingeschränkte Zustimmung geben.

Um einen solchen Haushalt, mit all seinen Erklärungen, Erläuterungen und Statistiken aufstellen zu können, ist ein ganzes Team von Verwaltungsmitarbeitern notwendig. Erstmals ist in diesem Jahr neben unserem Bürgermeister Herr Jathe als Leiter des Finanzwesens verantwortlich für dieses Gesamtwerk. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich im Namen der CDU-Fraktion bei Ihnen bedanken. Auch dafür, dass Sie uns während der Haushaltsplanberatungen zu jeder Zeit zur Verfügung standen und uns ständig qualifiziert Auskunft geben konnten über das doch komplexe Werk unseres städtischen Haushaltsplanes. Herr Jathe, ich möchte Sie bitten, den Dank der CDU Fraktion an Ihre Mitarbeiter weiterzugeben.

Verehrte Damen und Herren,

der Haushalt den wir heute beschließen werden, wird der letzte sein in dieser Wahlperiode. Im September diesen Jahres werden wir einen neuen Rat wählen. Dieses möchte ich zum Anlass nehmen, mich bei den anderen Parteien und der Verwaltung für den guten Umgang miteinander zu bedanken. Dieses ist in anderen Städten lange nicht selbstverständlich. Natürlich haben wir in der Sache stets hart gerungen und schon mal den verbalen Säbel ausgepackt, dennoch, so denke ich, waren wir nie verletzend und man brauchte sich anschließend auch nicht aus dem Wege zu gehen. Das Ende einer Wahlperiode bedeutet aber auch, dass Fraktionsmitglieder ausscheiden und neue wiederum dazu kommen. In diesem Jahr scheidet aus der CDU Fraktionsmitglieder aus, die in den vergangenen Jahrzehnten das Geschehen in unserer Stadt maßgeblich mitgestaltet haben und sich sicher an allen

Ecken unserer Stadt wieder erkennen können. Sicher ist eine Haushaltsrede nicht das geeignete Medium für eine Laudatio. Dennoch möchte ich mich hier in aller Öffentlichkeit mit aller Herzlichkeit bei unserem ehemaligen Bürgermeister Hugo Terholsen, meinem Vorgänger als Fraktionsvorsitzender der CDU und jetzigem 1. stellv. Bürgermeister Klaus Rips, dem stellv. Fraktionsvorsitzendem Wolfgang Dissen, den langjährigen Vorsitzenden des Sozialausschusses Albert Wesemann und unserem langjährigem Ratsmitglied Hartmut Benthin für Ihren Einsatz hier im Rat und gegenüber den Bürgern unserer Stadt bedanken. Diese Personen hinterlassen Fußstapfen, die sicher schwer sind mit neuen Leuten auszufüllen. Dennoch wird es in der CDU weitergehen. Neue und gute Personen stehen wieder bereit, die die Arbeit der CDU Fraktion hier im Rat der Stadt Oelde unterstützen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
meine Rede habe ich mit einem Zitat aus dem Bereich der Fabel begonnen, und auch so möchte ich sie auch beenden: „Nur Fledermäuse lassen sich hängen.“ Nicht so die CDU Fraktion. Wir werden uns den Aufgaben der Zukunft zum Wohle unserer Stadt stellen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Gott segne uns.

### **Frau Koch für die SPD-Fraktion:**

#### Gewerbesteuerreform

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der von Ihnen Herr Bürgermeister, anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2004 gehaltenen Rede, führten Sie aus, dass alle Reformbemühungen der Bundesregierung zu Gunsten der Kommunen gescheitert seien. Das ist natürlich nicht völlig falsch, aber leider haben Sie es sich in diesem Punkt wieder etwas zu einfach gemacht. Wie wir uns alle erinnern, sollte Ende letzten Jahres die Steuerreform in Berlin verabschiedet werden. Das Gesetzgebungsverfahren dazu endete im Vermittlungsausschuss des Bundestages. Der Vermittlungsausschuss hat für die Kommunen wesentliche Entscheidungen getroffen, die einerseits die Gewerbesteuer, und andererseits die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige (Hartz IV) betreffen. Obwohl die Forderungen der Kommunen nicht gänzlich umgesetzt wurden, werden diese Entscheidungen zu einer Verbesserung der Finanzlage der Kommunen führen. Die Senkung der Gewerbesteuerumlage auf 20 %, die den Kommunen ca. 2,3 Mrd. € Mehreinnahmen bereits in diesem Jahr bringen soll, ist eine notwendige kurzfristige Hilfe. Diese Maßnahme ist ebenso positiv zu bewerten, wie die Übertragung der neuen Regelungen zur Mindestgewinnbesteuerung und zur Gesellschafterfremdfinanzierung in das Gewerbesteuerrecht. Diese Maßnahmen bedeuten weitere 0,7 Mrd. € Einnahmen für die Kommunen. Damit erfolgt eine strukturelle Verbesserung der Bemessungsgrundlage für die Gewerbesteuer, für die sich die SPD im Vermittlungsverfahren nachdrücklich eingesetzt hat. Insgesamt haben die Kommunen somit 2,5 Mrd. € höhere Einnahmen in 2004 zu erwarten, ansteigend auf über 3 Mrd. € ab 2005.

Die kurzfristige und sicherlich zu gering ausgefallene Hilfe für die Kommunen und die strukturelle Verbesserung der Gewerbesteuer sind jedoch kein Ersatz für eine durchgreifende Reform der Gewerbesteuer. Leider ist die von der Bundesregierung angestrebte Gemeindefinanzsteuer mit der Einbeziehung der Freiberufler und der deutlichen Verbreiterung der Bemessungsgrundlage von der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat blockiert worden. Dies ist auch nicht weiter verwunderlich, da die CDU auf ihrem Bundesparteitag im Dezember 2003 die faktische Abschaffung der Gewerbesteuer beschlossen hat. Die CDU will den Kommunen eine neue wirtschaftskraftbezogene Einnahme aus der Einkommenssteuer und der Körperschaftssteuer verschaffen und zwar im Rahmen des Steuerkonzeptes von Friedrich Merz. Dieses Modell hatte bereits in der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen keine Mehrheit gefunden. Die Lösung der strukturellen Probleme bei der Gewerbesteuer haben CDU/CSU verhindert. CDU/CSU stellen sich damit gegen ihre eigenen Kommunalpolitiker, die sich im Deutschen Städtetag und im Deutschen Städte- und Gemeindebund für eine durchgreifende Reform der Gewerbesteuer ausgesprochen haben. Für die Städte und Gemeinden hätte im Vermittlungsausschuss ein deutlich besseres Ergebnis erzielt werden können, doch CDU/CSU haben dies nicht zugelassen. Sie haben das Auflösen des Reformstaus auf Gemeindeebene blockiert.



Alle CDU Bürgermeister, auch Sie Herr Predeick, die sich jetzt lauthals über die im Vermittlungsausschuss erzielten Beschlüsse beschwerten, sollten sich an die Verantwortlichen ihrer Partei auf Landes- und Bundesebene wenden, denn sowohl Jürgen Röttgers als auch Friedrich Merz sind die Speerspitze der Blockierer einer wirklichen Gemeindefinanzreform. In dem sogenannten Hartz IV Gesetz werden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zusammengelegt. Das Gesetz soll im Januar 2005 in Kraft treten. Durch dieses Gesetz soll es zu einer Nettoentlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. € kommen. Von einem Scheitern der Reformbemühungen kann daher nicht wirklich die Rede sein.

#### Fachmarktzentrum Aue-Park

Kommen wir nun zu den Themen, die dieser Rat selbst entscheiden kann und muss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bereits in meiner letzten Haushaltsrede bin ich ausführlich auf die Problematik des geplanten Aue-Parks eingegangen. Ich merkte damals an, ich zitiere: „Wir sehen es als unseren Erfolg an, dass es nach interfraktionellen Gesprächen gelungen ist, entsprechende Mittel bereit zu stellen, damit ein „ganzheitliches Einzelhandelskonzept für Oelde erstellt werden kann, in dem unter Berücksichtigung des Aue-Parks, der Funktion der Innenstadt, den Anforderungen an Zentralität und Außenwirkung und schließlich der Erfordernisse der Nahversorgung grundsätzliche Leitlinien für die Einzelhandelssteuerung festgelegt werden.“ Zitatende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Vertreter der Verwaltung: ich frage mich, wo ist es, das Gutachten??

Mit einem ungeheuren Elan und mit viel persönlichem Engagement boxt unser Herr Bürgermeister bei den entsprechenden Stellen dieses kritische Großprojekt durch. Wo bleibt Ihr Elan bei der Stärkung der Innenstadt? Bislang hat sich Konkretes für unsere Innenstadt nicht getan. Es scheint höchst schwierig zu sein, einen Investor zu finden, der in der Innenstadt tätig wird. Denn wer würde schon so waghalsig sein und eine Pommesbude neben einem McDonald's zu errichten? Sollte das Aktionskomitee Oelder Kaufleute Recht behalten, dass dies nur eine Nebelbombe ist? Aber vielleicht kommt der Aue-Park ja trotz der Ankündigung des Herrn Bürgermeisters doch nicht in diesem Jahr. Mir fällt auf, dass sich keine Haushaltsstelle zu den notwendigen verkehrlichen Umbauten der Landesstraße finden lässt. Auch kein Ansatz zu den planerischen Maßnahmen und Gutachten, um die Auflagen der Bezirksregierung bezüglich Lärmschutz, Altlasten, Abwasserbeseitigung, usw. zu erfüllen. Kein Kreisverkehr, keine Anbindung, nichts. Nicht einmal Planungskosten, die wir sonst reichlich in den Haushalt einstellen. Sollte das gewollt sein, dann ist das gut so. Sollte das ein Versehen sein, ist es peinlich für die Bewohner des Aue-Parks. Da offensichtlich keine Maßnahmen vorgesehen sind, wäre dies ein Punkt gewesen, wo wir den Haushalt hätten mittragen können. Wären da nicht die anderen eklatanten Differenzen zu der dieses Haus lähmenden Mehrheit.

#### Offene Ganztagschule

Erfreulich ist, dass sich parteiübergreifend die Meinung durchgesetzt hat, dass die Ganztagsgrundschule auch in Oelde eingeführt werden soll. Bedauerlich ist dabei, dass dieses erst zum Schuljahresbeginn 2005/2006 geschehen soll. Die SPD-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatung Anträge zur Ausstattung und zum Betrieb von Ganztagschulklassen in Oelde gestellt, damit zügig noch in diesem Jahr, spätestens aber zum Schulhalbjahr dem Bedarf entsprochen wird. Bekannt ist das Konzept der Ganztagsgrundschule seit 2002 und mit Finanzierungszuschüssen des Landes und des Bundes seit Februar 2003 bedacht, so dass bereits zu diesem Zeitpunkt hätte begonnen werden können. Und anscheinend sollte das auch geschehen: Ich zitiere aus der hiesigen Presse vom 15.05.2003!: „Herr Siemer kündigte an, dass die Oelder Verwaltung als Schulträger und das Jugendamt in den kommenden Tagen das Thema Ganztagsgrundschule mit den Grundschulleitern besprechen werden. Es sei dann zu klären, welche Schule bereit sei, ein Ganztagsangebot anzubieten. Zudem gelte es für die jeweilige Schule ein entsprechendes Konzept vorzustellen. Seiner Einschätzung nach ist eine Einführung der offenen Ganztagschule in Oelde frühestens zum Schuljahr 2004/2005 möglich.“ Ich wiederhole, dieses Zitat ist vom 15. Mai letzten Jahres.

Dazu die gleiche Presse vom 27. März 2004: Zitat „müssten sich jetzt die Schulen überlegen, ob sie ein solches Angebot (gemeint ist die offenen Ganztagschule) einrichten wollen und können.“ Zitatende. So der zuständige Dezernent Herr Lafeldt.

Und am 01. April und nicht als Scherz gemeint: „Zügig aber nicht übereilt müsse nun von den Schulen ein Konzept erarbeitet werden, das dann durch alle Mitwirkungsgremien gehen müsse.“

Man kann der Verwaltung und dieser CDU sicherlich nach diesen Zitaten nicht vorwerfen, sie handelten übereilt. Nein, vielmehr ist es ihnen trotz einer klaren Aussage in 2003 bis dato gelungen, dieses Thema zu verschleppen und Sie werden es weiter verschleppen, weil sie es politisch eigentlich gar nicht wollen und von dem Ergebnis der Elternbefragung überrascht wurden. Wenn die Verwaltung und diese CDU es wirklich gewollt hätten, wäre es kein Problem gewesen bis zum Freitag dieser Woche einen Antrag auf Gewährung von Zuschüssen für die investiven Mittel zu stellen.

Bitte bedenken Sie meine Damen und Herren, Bund und Land sind zur Zuschuss-Finanzierung überhaupt nicht verpflichtet. Da es sich um Betreuung der Kinder handelt, ist hierfür nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz die Kommune zuständig. Bund und Land unterstützen die Gemeinde mit erheblichen Mitteln um sie in der Wahrnehmung dieser Aufgabe, deren Notwendigkeit ja wohl niemand mehr ernsthaft bestreiten will, zu unterstützen. Ich erinnere mich nebenbei, wie schnell sonst die Verwaltung dabei ist, bei kurzfristigen Projekten Fördermittel vom Land zu beantragen. Ich nenne nur das Problem „Ab in die Mitte“.

Aber, meine Damen und Herren, auch hätte es möglich sein müssen, wenn sie wirklich wollten, seit der Schulausschusssitzung im Mai letzten Jahres bis heute, genauer gesagt bis kommenden Freitag eine Schule mit Rahmenkonzept als Vorreiter-Schule zu benennen. Nein, meine Damen und Herren, dieses Thema hat bei Ihnen augenscheinlich keine Priorität. Zumal dem Schuldezernenten nicht einmal bekannt gewesen ist, dass die Frist für die Antrageinreichung für Bund –investive Mittel- und Land –laufender Betrieb– erst am kommenden Freitag, den 30. April endet.

Wenn die Kinder, wie die Stadt Oelde so oft bunt propagiert, wirklich ganz oben auf ihrer Agenda stünden, hätten sie längst entsprechend vorgearbeitet und wären sicherlich informierter gewesen. Aber Sie können uns, die SPD, eines Besseren belehren und ja noch bis Freitag die entsprechenden Anträge einreichen. Es wäre gut für unsere Kinder.

Passend zu diesem Thema die Übermittagsbetreuung und damit zu unserem Antrag auf Personalzuschuss für das Jugendwerk Alte Post.

#### Zuschuss Jugendwerk Alte Post

Der Antrag der SPD, den Zuschuss für das Jugendwerk Alte Post für eine weitere Zivistelle in Höhe von 5.400 € zu erhöhen, ist mehrheitlich von der CDU-Fraktion und den Grünen abgelehnt worden. Meine Damen und Herren, unseres Erachtens wird die Alte Post zu Tode gespart. Zunächst waren in den letzten Jahren erhebliche Anteile der Sachkosten eingespart worden, so dass dort weitere Kürzungen schlichtweg nicht mehr möglich sind. Das bedeutet aber auch, dass im pädagogischen Bereich der Alten Post viele Projekte nicht mehr angeboten werden können, da es an der notwendigen Ausstattung fehlt. Nun sind die Personalkosten an der Reihe. Das geht nun mittlerweile mit den Stelleneinsparungen so weit, dass das einzige Großprojekt, das noch in der Alten Post stattfindet, nämlich die Übermittagsbetreuung der Schulkinder, nur noch bis zum Beginn der Sommerferien gesichert ist. Was danach kommt, steht in den Sternen. Denn wir werden ja anscheinend – so der politische Wille der Mehrheitsfraktion – keine Ganztagsgrundschule vor dem Schuljahr 2005/2006 haben. Natürlich nimmt das Land auch eigene Einsparungsmöglichkeiten wahr und kürzt die Zuschüsse zur Jugendarbeit, aber die Betreuung von Schulkindern ist nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz eine kommunale Aufgabe, der sich der Rat nicht mit der Begründung mangelnder Zuschüsse des Landes entziehen darf. Für die SPD-Fraktion stellt sich mittlerweile die Frage, ob die Alte Post von der CDU politisch überhaupt noch gewollt ist. Wahrgenommen wird deren lautloses Sterben jedenfalls nicht. Aber dass in Oelde kein Geld vorhanden sein soll, kann nicht ganz stimmen, denn da gibt es einen Posten im Haushalt, der über alle anderen –freiwilligen- Leistungen herausragt.

#### Zuschuss Forum

Die CDU billigt dem Forum einen Zuschuss in einer Gesamthöhe von gut 1,3 Mill. € zu. Darin enthalten sind auch 100.000 € an Abschreibungen, die den Zuschussbedarf natürlich erhöhen und 15.000 € für die Lokale Agenda – deren Zuschuss übrigens von der CDU im letzten Jahr auf 0 € gestrichen wurde. Die SPD-Fraktion sieht den Zuschussbedarf der Forum GmbH als Nachfolgegesellschaft der

Landesgartenschau GmbH seit ihrer Gründung sehr kritisch. Wenn die Forum GmbH ihren eigenen Wirtschaftsplan 2004 erfüllt, dann wird sie 2004 einen Jahresverlust von 1,485 Mill. € einfahren. Das bedeutet eine zusätzliche Finanzierungslücke von noch einmal 185.000 €. Wer bezahlt diese eigentlich irgendwann??

Zudem entnimmt man den Daten des Wirtschaftsplans, dass das Forum auch spart. Es spart genau an den Dingen, die uns allen vor Jahren als der entscheidende Vorteil für die Vollbewirtschaftung des Parks galt. Wenn Sie das ehemalige Gutachten zur Hand nähmen, sähen Sie meine Damen und Herren, dass wir uns bei den „Bewirtschaftungskosten, also bessere und schönere Blumenbeete, Bewachung etc. auf dem Niveau der Teilbewirtschaftung bewegen. Die Variante, die unsere Zustimmung damals gefunden hätte und heute auch noch finden würde. Nehmen Sie Eintritt für die tollen Veranstaltungen und die Freibadkarte zum Geld der Park-Karte.

Aber wir denken, meine Damen und Herren, dass sicherlich 2005 die Einnahmeseite durch eine entsprechende Erhöhung der Eintrittsgelder zur Disposition stehen wird, nachdem dieses Jahr das Form mit Unterstützung von vielen Landes-Euros für u.a. „Ab in die Mitte“ oder „Regionale“ richtig Dampf machen darf. Dass Sie geehrte CDU-Fraktion, selbst nicht von der Dauerbewirtschaftung überzeugt sein können, beweist auch, dass eines ihrer gewichtigsten Mitglieder sagte, ob der nächste Rat den Park weiterhin bewirtschaften wird, wisse man nicht.

Da die CDU also nicht weiß, wie sie sich nach der Kommunalwahl verhält, sitzt das Forum auf einem Geldbestand der nur mickrige Zinsen abwirft, holt sich aber auf dem Kreditmarkt Geld um neue Projekte zu finanzieren. Ich habe noch nie gehört, das Banken Geld billiger verleihen als sie für Guthaben zahlen. Dass dem nicht so ist, sieht man an einem weiteren Antragspunkt der SPD, der von dieser CDU-Mehrheit abgelehnt wurde.

#### Straßenendausbau Am Ruthenfeld

Unser Antrag, das Baugebiet Ruthenfeld endlich in 2004/2005 fertig zu stellen, wurde Ihrer Mehrheit abgelehnt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier über nicht investiertes Geld, dass die Anwohner bereits vor Jahren gezahlt haben. Bisher war es in Oelde üblich, Straßenendausbau in Baugebieten in 3 – 4 Jahren abzuschließen. Mittlerweile bewegen wir uns auf 6 Jahre zu. Wir haben keinerlei Verständnis dafür, die Anwohner am Ruthenfeld nochmals 1 Jahr warten zu lassen. Wenn schon nicht in einer Legislaturperiode solche Projekte abgeschlossen werden, dann gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, in der letzten Haushaltsrede dieser Ratsperiode einen kleinen Rückblick.

#### Historie

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in ihrer Haushaltsrede in diesem Februar ließen Sie noch einmal die Leistungen dieses von der Partei erdrückend dominierten Rates, dessen Legislaturperiode in diesem September zu Ende geht, Revue passieren. Die von Ihnen angesprochenen Leistungen dieses Rates sind aber überwiegend gar nicht dessen originäre Leistungen, sondern bereits von dem vorherigen Rat, in dem es bekannter Weise andere Mehrheitsverhältnisse gab, auf den Weg geschickt worden. So fiel die stufenweise Erneuerung des Jahnstadions, in die Entscheidungskompetenz des vorigen Rates. Das EXPO-Projekt zur Weltausstellung 2000 Hannover wurde noch zu Zeiten des Herrn Stadtdirektor Wetter getroffen, so dass auch dessen Entstehungsgeschichte vor September 1999 lag.

Unser aller Highlight – die Landesgartenschau Oelde 2001 – war ebenfalls grundsätzlich bereits durch den vorigen Rat verabschiedet worden, lediglich konkrete Planung und Durchführung wurde durch den jetzigen Rat begleitet.

Bereits der letzte Rat hatte erkannt, dass in Oelde in den vorangegangenen Jahren zu wenig Bauland ausgewiesen worden war, so dass bereits zu dieser Zeit mit der Entwicklung des Baugebietes Benningloh und Bergeler und Axthausen begonnen. Die Entwicklung wurde dann von diesem Rat mit dem großen Baugebiet Weitkamp und weiteren kleineren Baugebieten fortgeführt.

Alle diese innovativen Entscheidungen wurden von einem Rat auf den Weg geschickt, in dem die CDU nicht die Mehrheit hatte, sondern sich mit den anderen Parteien des Rates arrangieren musste und dem gemäß flexibler und gesprächsbereiter war – und auch bei weitem entscheidungsfreudiger. Wie man an den eben erwähnten Projekten sehen kann. Von den von Ihnen, Herr Bürgermeister, als Meriten

erwähnten Projekte diesen Rates, der erdrückend mehrheitlich von der CDU dominiert wird, bleibt lediglich Folgendes übrig:

#### 1. Die Erweiterung der Realschule um 7 Klassenräume

Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass die SPD bei den Etatberatungen 2002 den Antrag gestellt hatte, 200.000 € in den Haushalt einzustellen, um im laufenden Jahr die Erweiterung der Realschule vornehmen zu können. Dieser Antrag der SPD-Fraktion ist dann mehrheitlich von der CDU abgelehnt worden mit der Begründung, es müsse erst mit Planung und Konzeption begonnen werden und bei sinkenden Schülerzahlen im gesamten Stadtgebiet Oeldes sei es überhaupt fraglich, ob die Erweiterung der Schule opportun sei, oder ob nicht Klassen aus der Realschule in eine andere Schule ausgelagert werden könnten.

Dann wurde der Rat zur Jahresmitte 2002 mit einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 300.000 € zur Erweiterung der Realschule überrascht. Der absolute Mehrheitsdinosaurier – Oelder CDU – hatte für seine Entscheidungsfindung ein weiteres halbes Jahr gebraucht, um ein auf der Hand liegendes Problem zu lösen. Ärgerlich war die außerplanmäßige Ausgabe! Erfreulich war aber, dass überhaupt eine Entscheidung getroffen wurde.

#### 2. Einrichtung einer zusätzlichen Kindergartengruppe

Diese CDU-Mehrheit hat es zu verantworten, dass trotz anderer Empfehlung der Verwaltung und Einigkeit unter allen anderen Fraktionen die in Aussicht gestellte Erweiterung der Kindertagesstätte an der Friedenskirche – nun das Kinderhaus – um eine weitere Gruppe nicht gemacht wurde. Diese Gruppe hätte schon vor fast drei Jahren eine entsprechende Entlastung für den stiefmütterlich behandelten Norden erbracht. Nein, Sie sind verantwortlich, dass Kinder durch die halbe Stadt transportiert werden, damit eine Gruppe in Stromberg erhalten werden bleibt, um dann aber zwei Jahre verspätet einen An- und Ausbau an der Josefs-Kirche finanziell zu unterstützen. Sie, geehrte CDU-Fraktion brauchen manchmal ziemlich lange um auf Notwendigkeiten im Bereich Bildung und Erziehung zu reagieren.

#### 3. Ausstattung der Schulen mit neuen Medien

Dieser Beschluss des Rates beruht auf einem Antrag der SPD aus dem Jahr 2002. Auch da glänzte der Dinosaurier nicht mit Entscheidungsfreude. Wir mussten die CDU erst zum Jagen tragen und ihr nach quälend langer Entscheidungsfindung eine Zustimmung zu diesem Antrag abringen.

#### 4. Sanierung der Rathäuser

Diese Sanierung stand an und war notwendig, um speziell das alte Rathaus vor weiteren Schäden zu bewahren und es zu erhalten.

#### 5. die Anmietung neuer Räume für Forum und die Volkshochschule in den Räumen der Firma Schwarze, was dem Eigentümer sicherlich auch gefallen hat.

#### 6. Der Erwerb, die Sanierung und Belegung des Bahnhofes

Dieser Beschluss des Rates, der einstimmig gefasst wurde, war wirklich eine Bereicherung des Oelder Stadtbildes und ist heute fast nicht mehr wegzudenken. Glücklicherweise ist auch der Umstand, dass nunmehr das gesamte Gebäude vermietet und mit Leben erfüllt ist. Das ist u.a. auch auf die

#### 7. Beschäftigungsinitiative „PRO-Arbeit“

zurückzuführen, die den Kiosk im Bahnhof und die Radstation dort betreibt.

Nimmt man diese von Herrn Predeck aufgeführten Projekte zusammen, so bleibt festzustellen: Die großen, nachhaltigen Projekte sind auch ohne Mehrheit der CDU zustande gekommen, die wichtigen Projekte mit der Zustimmung aller Parteien und bei machen Projekten musste man die CDU erst dahin tragen. Die letzteren verkauft sie aber dann gern als ihre eigenen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, da nun dieser Haushalt – Zitat örtliche Presse: „Den Stempel der CDU-Mehrheit trägt“ (Zitatende) und die von der SPD eingebrachten Anträge –wie von mir in dieser Rede dargelegt wurde- am politischen Willen dieser Mehrheit scheiterten,

sind wir gezwungen, dem Haushalt 2004 unsere Zustimmung zu verweigern. Wir lehnen den Haushalt 2004 ab. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

### **Herr Knop für die FWG-Fraktion:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der FWG hat sich intensiv mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf auseinander gesetzt und die Positionen einer kritischen Prüfung unterzogen. Wir haben zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern geführt und dabei war es uns auch wichtig, auf das zu schauen, was wir (und damit meine ich vor allem die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oelde) in den vergangenen Jahren erreicht haben. Noch wichtiger ist es unserer Auffassung nach aber auch, sich kritisch mit dem Ist-Zustand und den Perspektiven zu beschäftigen und die Frage zu beantworten: Sind die im vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2004 deutlich werdenden politischen Entscheidungen zukunftsweisend und ist der Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigt?

Zwei Ziele wird die FWG für die Zukunft auch weiterhin konsequent verfolgen und dafür werden wir uns politisch engagieren:

Sinnvolle Projekte und Investitionen für die Zukunft unterstützen, aber auch bereit sein, über Ausgabenkürzungen nachzudenken, auch wenn dadurch in einigen Bereichen der hohe Standard Oeldes herabgesetzt werden muss.

Auf eine Verbesserung der Finanzsituation hinarbeiten mit dem Ziel eines Schuldenabbaus.

Schaut man zurück auf das vergangene Jahr, so kann man feststellen, dass sich Oelde entwickelt hat, vor allem wenn man das Baugebiet Weitkamp betrachtet. Mehr als einhundert Bauwillige konnten sich im vergangenen Jahr ihren Traum vom eigenen Haus erfüllen oder werden es in naher Zukunft tun. Und dies zu immer noch vertretbaren Grundstückspreisen. Das gilt auch für das Baugebiet „Erländerweg“, für das es jetzt eine Erschließung gibt, die einen guten Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessen darstellt.

Auch wir setzen uns für einen zeitnahen Endausbau in den Baugebieten ein, zumal ja auch diese Leistungen längst durch die Bauherren vorfinanziert wurden. Dabei vertrauen wir auf die Einhaltung einer entsprechenden Reihenfolge.

Die FWG-Fraktion ist der Meinung, und diese Meinung teilen wir mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, was in Gesprächen immer wieder deutlich geworden ist, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit deutlicher in den Blickpunkt gerückt werden muss.

Durch die Entwicklung zahlreicher neuer Baugebiete, in diesem Bereich hat die Stadt Oelde in den vergangenen Jahren den entstandenen Nachholbedarf mehr als befriedigt, konnten bauwilligen Bürgerinnen und Bürgern Bauplätze zur Verfügung gestellt werden, was wir im Hinblick auf eine sinnvolle Familienförderung auch befürworten.

Allerdings fragen wir uns mittlerweile, ob der eingeschlagene Weg noch richtig ist. Auf der einen Seite vergeben wir Grundstücke an auswärtige kinderlose Paare oder ältere allein stehende Bürger, weil angeblich keine anderen Bewerber zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite stehen wir kurze Zeit später wieder unter dem bekannten Druck, neue Baugebiete ausweisen zu müssen, weil die Reihe der Bewerber nicht abreißt. Das hat zu immer neuen Siedlungsgebieten geführt. Dabei wurde außer Acht gelassen, dass bereits heute schon Wohnraum leer steht und dass es sich zunehmend schwierig gestaltet, Wohnungen und Immobilien zu vermieten oder zu verkaufen.

Den Wunsch des Bürgers nach eigenen vier Wänden wollen wir auch weiterhin unterstützen, wir halten es aber für notwendig, gemeinsam darüber zu beraten, ob wir nicht demographische und ökologische Aspekte bei der Vergabe städtischer Grundstücke und bei der Aufstellung von Bebauungsplänen stärker

berücksichtigen müssen. Dies kann z.B. bedeuten, die Familienkomponente deutlicher zu beachten oder eine stärker verdichtete Bauweise innerhalb bestehender Siedlungen zu realisieren. Transparente Vergabekriterien und eine der voraussichtlichen Entwicklung der Bevölkerungszahlen angepasste Ausweisung von Bauflächen halten wir daher für wichtige Zielsetzungen.

Die Realisierung des Fachmarktentrums „Auepark“ hält die FWG-Fraktion nach wie vor mehrheitlich für richtig, obwohl wir uns durchaus im Klaren darüber sind, dass dies Auswirkungen auf die Innenstadt haben kann. Deshalb ist es ganz besonders wichtig, dass wir die Entwicklung der Innenstadt mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln vorantreiben. Ein zukunftssträchtiges Konzept kann nur gemeinsam mit Eigentümern, Gewerbetreibenden, Architekten und Investoren entwickelt werden. Wichtige Schritte in die richtige Richtung sind getan worden, und wir erwarten, dass schon in Kürze ein attraktiver Gestaltungsentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.

Lassen Sie mich nun zum Haushaltsplanentwurf 2004 kommen.

Vielen vorgesehenen Maßnahmen können wir zustimmen. Die Sanierung und Modernisierung der Sporthalle am Hallenbad ist sinnvoll. Sie wird dazu führen, dass die Halle für den Sport, aber auch weiterhin für Großveranstaltungen im kulturellen Bereich genutzt werden kann. Ebenfalls notwendig und sinnvoll ist die Sanierung der Schulen. Davon konnten sich die Mitglieder der Baukommission bei einer Begehung vor Ort überzeugen.

Wir sind der Auffassung, dass der Bereich Kindergarten und Schule für eine familienfreundliche Politik in der Zukunft noch wichtiger sein wird als bisher. Der Bereich der Schule wird sich in den kommenden Jahren grundlegend verändern in Richtung einer Ganztagsbetreuung. Hierfür müssen wir Geld investieren, auch wenn das pädagogische und personelle Konzept zur Zeit noch unausgereift erscheint und eine Verteilung der Lasten noch unklar ist.

In der FAZ vom 18. April 2004 wird anhand des Beispiels der Gemeinde Laer bei Münster eine Auswirkung der Ganztagsbetreuung dargestellt. Diese Gemeinde liegt, auch ohne hohen Ausländeranteil, an der Spitze bei der Geburtenrate in NRW. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt und auf einer Höhe mit den Durchschnittswerten von europäischen Ländern wie Frankreich, Niederlande oder Dänemark, wo auch die Ganztagsbetreuung längst zum Standard gehört. In dieser kleinen münsterländischen Gemeinde zeigt sich, dass die Ganztagsbetreuung ein elementarer Bestandteil der Familienfreundlichkeit einer Stadt ist.

Wir wünschen uns, dass sich nicht nur der Schulausschuss, sondern auch der Jugendhilfeausschuss, Elternvertreter und Schulleiter an der Erarbeitung eines sinnvollen Konzepts beteiligen, damit Ganztagschule mehr leisten kann als nur Betreuung. Dabei denken wir an eine gezielte Unterstützung und Förderung vor allem sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher.

Die Einrichtung von Sprachkursen für Aussiedlerkinder halten wir für notwendig angesichts der Defizite, von denen Lehrerinnen und Lehrer an Schulen berichten. Dabei sind wir der Meinung, dass wir nicht darauf warten können, bis irgendwann einmal die Zuständigkeiten zwischen Ländern und Kommunen vernünftig geregelt sind. Uns geht es darum, die Probleme jetzt anzugehen, um damit mittelfristig den Ist-Zustand an Oelder Schulen zu verbessern und die Integration zu fördern. Wir möchten Geld für Sprachkurse ausgeben, weil wir sie für sinnvoll und notwendig halten. Gleiches gilt für die Arbeit der „Alten Post“. Die für ihre pädagogische Arbeit notwendigen finanziellen Mittel müssen von der Stadt bereit gestellt werden, gerade dann, wenn sich das Land aus der Verantwortung zurückzieht.

Die Mehrheit des Rates ist bereit, jährlich einen Betrag von über 1,3 Mio. Euro für Forum Oelde auszugeben, ein Nachdenken über eine Kürzung dieses Betrages scheint für viele ein Tabu zu sein, und das angesichts eines Haushalts, der gekennzeichnet ist von 51 Mio. Euro Schulden und einer Rücklagenentnahme in Millionenhöhe. Dabei möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, wir sind nicht gegen einen angemessenen Zuschuss für Forum Oelde, aber wir sind der Auffassung, dass der aktuell aufgewendete Betrag zu hoch ist.

Die Stadt Oelde hat durch ein Gewerbegebiet direkt an der Autobahn verkehrstechnisch gute Voraussetzungen für Gewerbeansiedlungen zu bieten.

Bleibt zu hoffen, dass sich in absehbarer Zukunft auch zahlreiche Investoren für das Gewerbegebiet „Standort Oelde A2“ finden. Erste Anfänge und positive Signale gibt es, aber nach wie vor ist die

Bereitschaft der Unternehmen zu Investitionen am Standort Deutschland sehr zurückhaltend. Dies gilt besonders für Produktionsbetriebe und die damit verbundenen Arbeitsplätze bzw. das Steueraufkommen.

Auch wenn wir nicht alles zu pessimistisch sehen wollen, niemand weiß heute, wie sich die Wirtschaft und damit die finanziellen Einnahmen entwickeln werden und in welcher Höhe noch Kosten auf die Stadt zukommen z.B. als Folgekosten oder für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisierung des interregionalen Gewerbeparks Marburg. Es wird zunehmend fraglich, ob sich Gewerbeflächen in dem vorgesehenen Umfang (immerhin geht es um 160 ha) überhaupt noch zu einem kostenneutralen Preis vermarkten lassen.

Daher fragen wir uns, ob diese Umstände im Haushalt 2004 ausreichend berücksichtigt wurden.

Der kontinuierliche Aufbau eines Schuldenberges hat mit 51 Mio. Euro hoffentlich seinen Höhepunkt erreicht, die Rücklage wird aber noch weiter sinken auf den wohl niedrigsten Stand von 1,1 Mio. Euro. Große Bauchschmerzen bereitet uns die Situation, dass der Verwaltungshaushalt auch in 2004 nur durch eine Rücklagenentnahme ausgeglichen werden kann. Warum sich diese Situation lt. Finanzplanung in den nächsten Jahren grundlegend ändern sollte, können wir im Moment nicht nachvollziehen. Die Einsparungen im Personalbereich und geringere Investitionen werden hier nicht ausreichen.

Den alten Grundsatz „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“ hat die Stadt Oelde in den letzten 5 Jahren unserer Auffassung nach sträflich vernachlässigt.

Als Folge davon wird jedes Jahr und das dauerhaft ein Betrag in Millionenhöhe als Zinslast den Haushalt belasten und damit den Handlungsspielraum der Stadt Oelde zusätzlich einschränken. Diesen Handlungsspielraum hätte die Stadt Oelde aber gebraucht, um den Zukunftsanforderungen besser gewachsen zu sein und ihnen angemessen begegnen zu können.

Die grundlegende Tendenz und die Entwicklung, die der Haushaltsplanentwurf für 2004, der Investitionsplan für die kommenden Jahre und der Stellenplan aufzeigen, vor allem aber ein fehlendes Konzept, wie der hohe Schuldenstand von 51 Mio. Euro abgebaut werden soll, sind der Grund dafür, dass wir den Haushaltsplanentwurf nicht mittragen können.

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die an der Erarbeitung dieses umfangreichen Entwurfs mitgearbeitet haben.

Für die Zukunft wünschen wir uns trotz unterschiedlicher Auffassungen und Positionen auch weiterhin eine konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung.

### **Herr Holstegge für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

die Verabschiedung des letzten Haushalts in dieser Wahlperiode ist für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen der Anlass einerseits zurückzublicken und andererseits die Erfahrungen der Vergangenheit in den Blick nach Vorne zu integrieren. Mit grüner Unterstützung haben wir in Oelde eine sehr erfolgreiche und nachhaltig ausgerichtete Landesgartenschau realisiert, die durch den Vierjahreszeiten-Park mit seinen vielen Highlights und kulturellen Veranstaltungen heute immer noch glänzt und von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird. Wir haben durch die LGS die ökologische Situation entlang des Axtbaches verbessert und vor allen Dingen für die Zukunft gesichert. Dieser breite Grünzug mitten durch die Stadt bildet für Oelde die ökologische Lunge, die das Stadtklima verbessert und einen wertvollen Lebensraum für Pflanzen und Tiere darstellt. Wir meinen, die Entscheidung für die LGS und den Vierjahreszeiten-Park war richtig, die Investitionen gut und nachhaltig angelegt und der Lebenswert unserer Stadt hat sich deutlich verbessert.

Die Landesgartenschau war für Oelde auch deshalb wichtig, weil der Prozess der Agenda 21 dadurch einen guten Start bekam. Viele Bürger und Bürgerinnen wurden in zahlreichen Arbeits- und Projektgruppen einbezogen und gestalteten ihren Teil der LGS mit. Der Agendaprozess hat zum Erfolg der Landesgartenschau beigetragen und somit verdeutlicht, dass die Einbeziehung vieler Bürger und Bürgerinnen in kommunale Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse wichtig ist und für ein funktionierendes Gemeinwesen von unschätzbarem Wert. Der Agendaprozess hat aber auch eine klar bestimmte Zielrichtung. Er soll vor Ort, mit allen Beteiligten, im Konsensverfahren eine soziale, demokratische und ökologische Lebenswelt schaffen, die zukunftsfähig ist und nicht auf Kosten der Umwelt, auf Kosten der Zukunft oder sozialer Ungerechtigkeit basiert.

1992 erkannten viele Politiker in Rio, auf einer Umweltkonferenz, dass es so mit dem Ressourcenverbrauch, der Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung, dem Hunger auf der Welt und der sozialen Ungerechtigkeiten nicht weitergehen kann und nicht darf. Man analysierte die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Themen und erkannte, dass Veränderungen nicht allein von den Regierungen beschlossen werden können, sondern die Menschen beteiligt und als Hauptakteure in den Mittelpunkt gestellt werden müssen. Auf diesem Hintergrund wurden die Gemeinden, Städte und Regionen weltweit als die wichtigste politische Ebene hervorgehoben, auf der die Bürger und Bürgerinnen am engsten mit politischen Entscheidungen und Entscheidungsträgern verbunden sind und auf der Veränderungsprozesse am nachhaltigsten organisiert werden können – so der Ursprung und die Idee des Agendaprozesses. Im Oelder Agendaprozess bestätigte sich diese Erfahrung. Doch wir machen uns inzwischen große Sorgen, dass die Agendaaktivitäten langsam immer weniger werden und die inhaltliche Ausrichtung immer mehr an Konturen verliert. Wir haben es bisher nicht geschafft, den Prozess als solches nachhaltig zu organisieren. Hier bedarf es neuer Ideen und Kraftanstrengungen, die von Rat und Verwaltung finanziell und organisatorisch noch stärker unterstützt werden sollten. An dieser Stelle möchte ich nochmals die Gründung eines eigenen Vereins vorschlagen, auch wenn dieser Vorschlag im Beirat nicht auf eine deutlich positive Resonanz gestoßen ist. In anderen Kommunen werden zusätzlich Agendabeauftragte eingestellt, die den Prozess weiterbringen können. Ein Verein gemeinsam mit einer oder einem hauptamtlichen Agendabeauftragten könnte neuen Schwung in die Oelder Agenda 21 bringen. Aber das ist sicherlich eine Diskussion für den neugewählten Stadtrat, der hoffentlich auch die Wichtigkeit dieses Themas erkennt und entsprechende Haushaltsmittel bereitstellt.

In den letzten Jahren haben wir gemeinsam zahlreiche neue Bau- und Gewerbegebiete beschlossen, und einige stehen noch vor uns. Auf der Grundlage des gültigen Flächennutzungsplans stehen wir auch, bis auf die Marburg, zu diesen Entscheidungen. Aber zukünftig, im Rahmen eines neuen Flächennutzungsplans, müssen neue Konzepte entwickelt werden, die den Flächenfraß stoppen, denn es ist alles andere als nachhaltig, wenn in Deutschland täglich Flächen in der Größenordnung von 143 Fußballfeldern oder 105 ha bebaut werden. Arbeiten und Wohnen in der Stadt muss mittel- und langfristig qualitativ und weniger quantitativ geplant werden. „Mehr Wert für die Fläche“ nennt das der deutsche Nachhaltigkeitsrat, der den Flächenverbrauch bis zum Jahre 2020 auf 30 ha pro Tag reduzieren will. Hier sollte der nächste Rat erste Schritte gehen und Überlegungen anstellen, wie dieses unterstützenswerte Ziel vor Ort umgesetzt werden kann. Nach meiner Haushaltsrede möchte ich zu diesem Zweck, dem Bürgermeister symbolisch einen Entwurf des Nachhaltigkeitsrates überreichen, in dem skizziert wird, wie das „Ziel-30 ha“ erreicht werden kann. Unter der Internetadresse [www.nachhaltigkeitsrat.de](http://www.nachhaltigkeitsrat.de) ist der Entwurf ebenfalls zu finden.

Diesem Ziel, der Reduzierung des Flächenverbrauchs, steht allerdings die „Marburg“ diametral entgegen. Diese Angebotsplanung auf der grünen Wiese steigert den Flächenfraß und verhindert gleichzeitig neue, zukunftsweisende und flächensparende Konzepte. Die Marburg ist von der Größe und vom Standort her unökologisch und wird nach unserer Auffassung den Oelder Haushalt mehr belasten als entlasten. In der Konkurrenz zu anderen Standorten wird eine Vermarktung nur durch eine erhebliche Subventionierung möglich sein, jedenfalls wenn man eine ehrliche Rechnung aufstellt und alle Kosten, die durch die Marburg entstehen mit einbezieht. Einen Vorgeschmack auf diese Subventionierung sehen wir in dem aktuellen Haushalts- und Investitionsplan, der schon jetzt einen Gesamtbetrag von 725 tausend Euro ausweist und von uns entschieden abgelehnt wird.

Die heutige Ratssitzung fällt zufällig auf den 18. Jahrestag der Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl. Sicherlich ein Wendepunkt in der deutschen Energie- und Klimapolitik. Die Atomkraft hat in Deutschland



heute keine Zukunft mehr, weil sie von der Bevölkerung nicht mehr akzeptiert wird und von der Bundesregierung der Atomausstieg beschlossen wurde. Gleichzeitig wird landauf – landab, auch auf kommunaler Ebene, über eine klima- und umweltfreundliche Energieversorgung als Alternative zu Kohle- und Atomstrom nachgedacht.

Besonders unverständlich ist es uns auf diesem Hintergrund, warum die CDU sich strikt weigert, ein Energiekonzept mit dem Ziel der verstärkten Energieeinsparung in den städtischen Gebäuden zu beschließen. Neben den ökologischen Effekten würden auch die finanziellen Einsparungen den Haushalt deutlich und dauerhaft entlasten und sich so die Kosten für ein Energiekonzept wirtschaftlich rechnen.

Auch auf Kosten der CDU-Fraktion geht die Verhinderung des weiteren Ausbaus der Windenergie. Der Bebauungsplan macht den weiteren Ausbau von effektiven Windenergieanlagen fast unmöglich. Die Flächen- und Hohenfestlegungen machen die Windenergienutzung faktisch unwirtschaftlich- aber das war ja auch Ziel der CDU- Initiative. Nach diesen Beschlüssen bleibt für mich die Frage an die CDU-Fraktion, was ist ihr Konzept um die Klima- und Umweltzielsetzungen in Oelde konkret, effektiv und in einem überschaubaren Zeitraum umzusetzen.

Im sozialen Bereich sehen wir als eine wichtige, zentrale Zukunftsaufgabe die Realisierung der Ganztagsgrundschule. Dass auch in Oelde ein Bedarf besteht, hat die Elternbefragung der Verwaltung gezeigt. Im Schuljahr 2005 / 2006 sollten wir, hoffentlich im Konsens; mit der Einrichtung von entsprechenden Ganztagsgruppen beginnen. Wir als Stadtrat sollten den interessierten Schulen helfen das Konzept umzusetzen und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Die Ganztagsgrundschule soll ebenso einen Beitrag zur besseren Bildung unserer Kinder leisten, wie die soziale Integration fördern und die Chancengleichheit von Frauen im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen.

Auch die Integration von Sozialhilfe beziehenden und arbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hier unterstützen wir ausdrücklich die Konzepte von „Pro Arbeit“. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass diese Initiative weitergeführt und ausgebaut werden kann. Es kann nicht sein, dass so ein Projekt durch die sogenannten Hartz-Gesetze gefährdet wird. Insbesondere die Fahrradstation war ein Herzensanliegen unserer Fraktion. Hier werden ökologische und soziale Zielsetzungen in einer optimalen Form miteinander verbunden. Eine Gefährdung dieses Projekts wird auf unsern massiven politischen Widerstand treffen.

Die Integration der in Oelde lebenden Flüchtlingen ist leider immer noch ein Tabuthema, über das am liebsten geschwiegen wird. Und das Schweigen geht weit über das Rathaus hinaus. Seit Jahren fordern wir die Unterbringung in vernünftigen Wohnungen und die Abschaffung des Sachleistungsprinzips, bzw. die Gleichbehandlung dieser Menschen entsprechend des Bundessozialhilfegesetzes. Doch eine breite Mehrheit von SPD, CDU, FWG und FDP unterstützt weiterhin die Diskriminierung dieser Menschen durch die Art der Unterbringung und Versorgung. Die pauschale Ablehnung unserer Anträge zum Haushalt macht dies immer wieder deutlich.

Alles andere als Geschwiegen wird zum Thema „Aue-Park. Befürworter auf der einen, Gegner auf der anderen Seite, die Politik ebenso aufgeteilt und die große Mehrheit ? Die Oelderinnen und Oelder? Das wird sich wohl erst dann herausstellen, wenn sie den Auepark als Verbrauchermarkt annehmen oder nicht. Wir als Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erhoffen uns mit diesem Projekt eine höhere Kaufkraftbindung in Oelde und damit einhergehend auch weniger Autoverkehr. Durch die Kopplung des Beschlusses zur Entwicklung der Innenstadt erhoffen wir uns, dass diese Ziele erreicht werden und Oelde in der Konkurrenz zu den Nachbarstädten nicht völlig abgehängt wird und die Oelder und Oelderinnen in der Weise darüber abstimmen, sich auf der sechsspurigen A2 in Richtung Osten oder Westen zu bewegen. Durch den Beschluss zum Auepark wird die Entwicklung in der südlichen Innenstadt nicht verhindert sondern erst möglich gemacht. Alle Beteiligten, die Verbraucher, die Geschäftsinhaber, die Politik, die Investoren, sollten den Auepark in Verbindung mit dem Gewerbegebiet A2 als Chance nutzen, um Oelde attraktiver zu machen. Aber ganz besonders die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher können durch ihr Einkaufsverhalten dafür sorgen, in Oelde ein vielfältiges Warenangebot in kleinen und großen Geschäften zu erhalten, bzw. zu fördern.

Nach diesen unterschiedlichen Themen stellt sich zum Schluss die Frage, wie stehen die Oelder Grünen nun zum Haushalts- und Investitionsplan 2004? Obwohl wir einige kleinere Anträge, wie das Behinderten-WC am Jahnstadion, den weitere Ausbau des Radwegenetzes, die Renovierung der Fassade der Alten Post und die Streichung der Mitgliedsbeiträge für die „Aktion Münsterland“ durchbringen konnten, überwiegt die Kritik an wesentlichen und grundsätzlichen Entscheidungen. Die Marburg sei hier als Fehlentscheidung erster Güte ebenso genannt wie die Ablehnung eines zukunftsweisenden, klimafreundlichen Energiekonzepts und der weiterhin diskriminierende Umgang mit in Oelde lebenden Flüchtlingen.

Aus diesen Gründen lehnen Bündnis 90 / Die Grünen den Haushaltsplan, den Investitionsplan und den Stellenplan ab.

### **Frau Wieschmann für die FDP**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Kollegen

Heute ist schon ein besonderer Tag, denn die Verabschiedung des Etats für das Jahr 2004 und der Finanz -und Investitionsplanung der nächsten Jahre ist die letzte in dieser Ratsperiode.

Eine Ratsperiode, die sich durch die Planung und Gestaltung, sowie der Ausführung der Landesgartenschau mit dem erfolgreichen Abschluss schon unvergesslich ist. Unvergesslich auch durch die Erfahrung, dass es viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt gibt, egal ob in Vereinen oder anderen ehrenamtlichen Bereichen, die bereit waren und es immer noch sind, mit hohem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser und anderer Veranstaltungen beizutragen. Zum letzten Mal werden wir in dieser Zusammensetzung über die Zukunftsentwicklung dieser Stadt eine Entscheidung fällen. Vielen Dank an Herrn Jathe und sein Team für die umfangreichen Vorarbeiten und seine Informationen im Vorfeld.

Wir haben einen ausgeglichenen Haushalt vorliegen, was aber nur durch eine hohe Entnahme aus den Rücklagen möglich war. Mit dem Blick auf diesen Haushalt und den daraus folgenden Konsequenzen kann man nicht unbedingt optimistisch in die Zukunft blicken. Die finanzielle Lage der Stadt hat sich aus vielerlei Gründen in den letzten Jahren drastisch geändert. Das hat dazu geführt, dass im letzten Jahr zum Ausgleich des Haushaltes unter anderem auch die Steuersätze erhöht wurden. In unserer Partei gab es dafür keine Zustimmung, weil Steuererhöhungen in wirtschaftlich schlechten Zeiten nach unserer Überzeugung genau das falsche Signal sind.

Fakt ist, dass unsere Handlungsspielräume deutlich geringer geworden sind. Das spiegelt sich sehr deutlich in den vorliegenden Zahlen wieder. Ich möchte hier sicherlich keine Schwarzmalerei betreiben, aber wir dürfen auch nicht schön färben.

Zu viele Unbekannte können unsere Planungen sehr schnell aus dem Gleichgewicht bringen. Besondere Sorgen bereiten mir und meiner Partei deshalb die Entwicklung der Rücklagen, die im nächsten Jahr zur Finanzierung von fälligen Leistungen aufgebraucht sein werden. Das Sparsbuch ist dann so gut wie leer und es muss daher alles daran gesetzt werden, um die ab 2006 geplante Zurückführung der Rücklagen auch einzuhalten. Bis jetzt sind die Aufgaben, die die Stadt zukünftig zusätzlich übernehmen muss, noch nicht klar definiert, z.B. die Umsetzung von Hartz IV oder auch die abzusehende Schaffung von Ganztagschulen. Damit kann der finanzielle und personelle Aufwand noch gar nicht klar beziffert werden.

Außerdem haben wir noch die Sozial- und Jugendhilfekosten die schon im letzten Jahr um 21 % gestiegen sind und auch schlecht zukalkulieren sind. Vor diesem Hintergrund müssen wie die zukünftigen Planungen betrachten.

Ich werde diesem Haushalt trotzdem meine Zustimmung geben, weil ich wichtige Entscheidungen für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt mitgetragen habe und diese auch zukünftig sichern möchte.

Ich möchte hier nur einige Punkte nennen: Gute Voraussetzungen für Schule und Sport sind mir sehr wichtig. Deswegen brauchen wir die geplanten Sanierungsmaßnahmen in den nächsten Jahren vor allem in der Roncallischule, wo gerade die Sanierung der Fassade und Fenster dringend notwendig sind und ich hoffe, dass innerhalb der angesetzten Kosten doch noch einiges reduziert werden kann.

Grundsätzlich meine ich aber auch, dass die Entwicklung der Schulen und Schulsysteme genau beobachtet werden muss, um bei Planungen rechtzeitig darauf reagieren zu können. Über die Ganztagschule wird noch zu reden sein, denn der Elternwille ist hier entscheidend und wir müssen uns, wie es zur Zeit aussieht intensiv mit der Ausgestaltung in finanzieller, praktischer und auch erzieherischer Sicht beschäftigen. Grundsätzlich sehe ich das Ganze positiv, habe aber auch ein bisschen die Sorge, dass wir mit diesem Angebot nicht unbedingt die Schüler erreichen, für die es gerade besonders von Nöten ist.

Für den Schulsport ist es dringend erforderlich die Sporthalle am Hallenbad zu sanieren. Außerdem befürworte ich die Erstellung eines Nutzungskonzeptes, um dieses gegebenenfalls bei den anstehenden Sanierungen schon zu berücksichtigen.

### Wohn- und Gewerbegebiete

Ich bin sehr froh über die positive Entwicklung der Wohngebiete und meine, dass der Bedarf zur Zeit durch Weitkamp, Ermländerweg, sowie Grundstücke in Stromberg, Lette und Sünninghausen ausreichend gedeckt ist. Im Zusammenhang mit der Moorwiese wurde auch schon einmal laut über einen zukünftigen Standort für ein Altenwohnheim oder Seniorenwohnungen nachgedacht. Für mich ist das absolut inakzeptabel. Hier müssen ganz klar innerstädtische Möglichkeiten gesucht werden. Zukünftige Wohnraumplanungen müssen meiner Meinung nach viel stärker die Ressourcen der Innenstadt berücksichtigen nach dem Prinzip Wohnen -Leben- Arbeiten. Das könnte außerdem dazu beitragen, dem Problem der Verödung der Innenstadt entgegen zu wirken. Besonders für ältere Menschen ist es wichtig, die Dinge des täglichen Lebens in unmittelbarer Nähe zu haben, das schließt Kontakte und Freizeitmöglichkeiten ein. Dazu sollte z.B. das Gebiet am Bahnhof, Bahnhofstraße, Ruggestraße Warendorferstraße neu überplant werden.

In diesem Zusammenhang wird immer sofort der Auepark und seine möglichen Auswirkungen auf die Innenstadt genannt. Man kann sich sicherlich grundsätzlich streiten, ob es sinnvoll ist, solche großen Verbrauchermärkte außerhalb der Stadt oder überhaupt zuzulassen. Ich habe dem Projekt zugestimmt, weil Oelde keinen Verbrauchermarkt im angedachten Format hat. In den umliegenden Städten Beckum, Rheda-Wiedenbrück oder Ennigerloh gibt es bereits solche Märkte und es sollen noch zusätzlich welche hinzukommen. Viele Oelder Bürger und Bürgerinnen nutzen diese Einkaufsmöglichkeiten schon lange, deshalb sollten wir ihnen die Möglichkeit verschaffen es in absehbarer Zeit auch hier in Oelde zu tun.

Fakt ist, dass die Innenstadt darunter leiden wird, wenn wir dem nichts entgegensetzen. Deswegen ist es enorm wichtig, die Planungen für ein Gesamtkonzept im Bereich des KOM-Geländes mit allen Mitteln voran zu treiben, um es für mögliche Investoren interessant zu machen. Zur Stärkung und zum Schutz der Innenstadt ist mir gerade die möglichst zeitnahe Verwirklichung wichtig, selbst unter der Prämisse dass die Umsetzung vielleicht nur abschnittsweise erfolgen kann.

Die Sorgen der Gewerbetreibenden der Innenstadt kann ich in gewissem Maße verstehen, sehe aber auch ohne Auepark Einbrüche in den Umsätzen. Nach dem Motto, dass jedes Risiko auch eine Chance bietet, müssen die Gewerbetreibenden der Innenstadt ihre Kräfte bündeln. Ich meine, ein Teil der Problemlösung liegt in der Innenstadt selbst. Flexiblere Öffnungszeiten, verbesserter Service und bessere Koordination von Forum und Gastronomie könnten damit zur Attraktivität der Innenstadt beitragen und somit das Einkaufserlebnis steigern.

Dazu beitragen muss aber auch das Forum Oelde, das bekanntermaßen nicht nur die Vermarktung des Vier-Jahreszeiten-Parks zur Aufgabe hat, sondern auch das Stadtmarketing und die Touristik. Bei der Abstimmung über den Wirtschaftsplan Forum Oelde habe ich mich enthalten, weil ohne vorliegende Haushaltsdaten für mich keine Entscheidung möglich war. Zum jetzigen Zeitpunkt würde ich ihn ablehnen, weil ich die neuen Investitionen, (z.B. die Baumhäuser etc.) für nicht unbedingt nötig halte. Ich

glaube auch nicht, dass wir dadurch unsere Besucherzahlen noch nennenswert steigern können. Ich bin außerdem nach wie vor der Meinung, das es eine Trennung von Freibad und Forum geben sollte, um eine klare Zuordnung der Kosten zu erreichen und um diese auch besser bewerten zu können. Bei der Bewirtschaftung des Parks muss darauf geachtet werden, dass Veranstaltungen so geplant werden, dass sie so weit wie möglich kostendeckend sind. Ich halte das Forum für einen sehr kostenintensiven Bereich, in dem Einsparungen möglich sind und hätte eine Kürzung der Mittel unterstützt.

Im Gewerbegebiet A2 sind zur Zeit einige interessante Projekte in der Planungsphase. Wir freuen uns natürlich ganz besonders, dass ein alteingesessenes Oelder Familienunternehmen wie Zurbrüggen ein Möbelhaus errichten will. Durch dieses Projekt erhoffen wir auch noch eine zusätzliche Magnetwirkung für weitere Investoren.

Bei den Angeboten muss natürlich ein Augenmerk auf Innenstadtrelevanz gelegt werden, dabei darf aber freier Wettbewerb nicht ausgeschlossen werden. Die Vermarktung dieses Gebietes sollte ein vorrangiges Interesse sein. Zum Einen um durch Erlöse der einfinanzierten Grundstücke um unseren Haushalt wieder zu entlasten, aber auch um neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit langfristig unsere Steuerkraft wieder zu erhöhen, die laut Bericht des Bürgermeisters um 9 % zurückgegangen ist und wir somit erstmals seit langer Zeit wieder eine Schlüsselzuweisung erhalten.

Einen attraktiven Standort zu bieten reicht heute nicht mehr aus, deshalb haben Rat und Verwaltung die Pflicht, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und mögliche Investoren zu schaffen, bürokratische Hemmnisse so schnell es geht abzubauen, sich auch um ein gutes Klima zu bemühen und verlässlicher Partner zu sein. Es kann doch nicht sein, dass wir Unternehmer noch für ihre Risikobereitschaft bestrafen. Solche Signale gehen deutlich in die falsche Richtung.

Für die langfristige Sicherung von Gewerbeflächen sorgt der interkommunale Gewerbepark Marburg. Ich habe der Vertragsunterschrift zugestimmt und bin sehr zufrieden mit den ausgehandelten Bedingungen. Dass damit auch der von uns herbeigesehnte Autobahnanschluss konkrete Formen annimmt und somit auch noch eine Entlastung zu Gunsten der Innenstadt zu erhoffen ist, hat diesen Entschluss noch zusätzlich erleichtert. Schon jetzt trägt die K 30 dazu bei, die Konrad-Adenauer- Allee zu entlasten.

In Zeiten von knappen Kassen ist besonders nötig, Eigeninitiativen von Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen. Der Bau des Radweges Ostfeld - Oelde war ein hervorragendes Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements. Hier wurde eindrucksvoll bewiesen, welche Kräfte freigesetzt werden können, wenn man Eigeninitiativen unterstützt und bürokratische Hemmnisse abbaut. Dieses Beispiel soll zur Zeit in Lette und Ahmenhorst Schule machen. Ich möchte auch weiterhin diese Eigeninitiativen der Bürger unterstützen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der Sozialbereich und die damit verbundenen Kosten. Ich unterstütze hier ausdrücklich den Wunsch, die Stelle der Beauftragten für die Integration ausländischer/ Russlanddeutscher auf drei Jahre zu verlängern. Frau Bürger leistet gute Arbeit, hier sind sicherlich aber keine schnellen Erfolge zu erwarten.

Eine Sorge ist natürlich die Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Wie es dann mit unseren Initiativen z.B. Pro Arbeit weitergeht, können wir noch gar nicht einschätzen. Wir sollten weiterhin alles tun, was möglich ist, um hier vor Ort individuelle Hilfe anzubieten

Einen großen Einfluss bei der Entwicklung unserer Stadt aber wird die allgemeine wirtschaftliche Lage und somit auch die Schaffung oder der Verlust von Arbeitsplätzen haben. Ich erhoffe mir natürlich durch die Entscheidung, die oben genannten Investitionen zu unterstützen, dass diese Entwicklung positiv beeinflusst wird. Eine negative Entwicklung wird auch sofort zu höheren Kosten im Sozialbereich führen.

Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt noch Geld flüssig zu machen. Ausgaben wesentlich zu beschränken, ist in vielen Bereichen kaum machbar. Dass sich die Einnahmesituation in der nächsten Zeit wesentlich verbessert, im Sinne von höheren Steuereinnahmen, ist nicht zu erwarten, im Gegenteil wir müssen mit weiteren Einbußen rechnen. Steuererhöhungen sind mehr als kontraproduktiv. Wir

sehen, dass die Aussichten nicht rosig sind. Deshalb müssen wir rechtzeitig über Maßnahmen diskutieren und entscheiden, wie wir dann reagieren können. Das könnte für die Zukunft durchaus bedeuten, dass wir über den Fortbestand einiger liebgewonnener Objekte, die hohe Folgekosten verursachen, intensiv nachdenken und uns gegebenenfalls auch davon trennen müssten.

Wir hoffen natürlich alle für die Zukunft, dass unsere Befürchtungen nicht Wirklichkeit werden müssen und uns solche ungeliebten Entscheidungen erspart bleiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Bürgermeister Predeick weist auf folgendes hin:

Neben den in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 29.3.2004 empfohlenen Änderungen des Planentwurfes ist auf Vorschlag der Verwaltung noch folgende Änderung in der vorliegenden Haushaltssatzung berücksichtigt und eingearbeitet worden:

Haushaltsstelle:

0100.655170 - Externe Prüfungen Ansatz Entwurf: 1.000 € - neuer Ansatz: 48.000 €

Begründung: Nach Mitteilung der Gemeindeprüfungsanstalt vom 2.4.2004 wird noch in diesem Jahr eine Prüfung in Oelde stattfinden. Die entsprechenden Mittel sind daher noch für 2004 bereitzustellen um überplanmäßige Ausgaben zu vermeiden.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt bei 20 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen die Haushaltssatzung für das Jahr 2004:

## **Haushaltssatzung**

### **der Stadt Oelde für das Haushaltsjahr 2004**

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikelgesetz vom 03. 02. 2004 (GV. NW. S. 96) hat der Rat der Stadt Oelde mit Beschluss vom 26.04.2004 folgende Haushaltssatzung erlassen:

#### **§ 1**

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

**im Verwaltungshaushalt**

in der Einnahme auf	<b>50.669.203 EUR</b>
in der Ausgabe auf	<b>50.669.203 EUR</b>

**im Vermögenshaushalt**

in der Einnahme auf	<b>15.632.983 EUR</b>
in der Ausgabe auf	<b>15.632.983 EUR</b>

festgesetzt.

**§ 2**

Kredite werden nicht veranschlagt.

**§ 3**

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

**1.130.000 EUR**

festgesetzt.

**§ 4**

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

**3.000.000 EUR**

festgesetzt.

**§ 5**

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

**1. Grundsteuer**

<b>1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf</b>	<b>175 v.H.</b>
---	-----------------

<b>1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf</b>	<b>340 v.H.</b>
--	-----------------

<b>2. Gewerbesteuer</b>	<b>390 v.H.</b>
-------------------------	-----------------

**§ 6**

Die im Stellenplan bei der Gesamtzahl der Planstellen einzelner Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen angebrachten Vermerke "KU" und "KW" lösen nachstehende Rechtsfolgen aus:

KU Nach Ausscheiden oder Stellenwechsel des derzeitigen Stelleninhabers umzuwandeln in eine Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs-, Vergütungs- oder Lohngruppe.

KW Künftig wegfallend nach Freiwerden der Stelle.

## § 7

### 1. Deckungsfähigkeit gem. § 18 GemHVO

Im Verwaltungshaushalt sind die Ausgabehaushaltsstellen innerhalb eines Unterabschnittes gegenseitig deckungsfähig.

Davon ausgenommen sind:

- Alle Haushaltstellen der Hauptgruppe 4 ( Personalausgaben)
- Die in Sammelnachweisen veranschlagten Ausgaben
- Ausgabehaushaltsstellen, die mit einen unechten Deckungsvermerk versehen sind (Zweckbindung durch Einnahmen) und
- Haushaltsstellen mit einem abweichenden Deckungsvermerk.

Die Haushaltsstellen des Sammelnachweises 1 „ Persönliche Ausgaben“ bilden einen geschlossenen Deckungsring.

Im Vermögenshaushalt gilt die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Deckungsvermerken.

### 2. Zweckbindung von Einnahmen; Mehr- und Mindereinnahmen gem. § 17 GemHVO

Die Zweckbindung und die Verwendung von Mehreinnahmen bei den Einnahmeansätzen richtet sich nach Haushaltsplanvermerken.

## 6. **Entwurf des Finanzplanes und des Investitionsprogramms für den Planungszeitraum 2003 bis 2007** **Vorlage: M 2004/201/0209**

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt bei 20 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 bis 2007 und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

## **FINANZPLAN und INVESTITIONSPROGRAMM der Stadt Oelde für die Jahre 2003 - 2007**

Aufgrund des § 83 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikelgesetz vom 03. 02. 2004 (GV. NW. S. 96) hat der Rat der Stadt Oelde am 26.04.2004

**1. das INVESTITIONSPROGRAMM** für die Jahre 2003 - 2007 als Grundlage für die Finanzplanung beschlossen.

Es ist mit folgenden Gesamtsummen festgesetzt:

Haushaltsjahr 2003	<b>13.314.600</b> EUR
Haushaltsjahr 2004	<b>10.399.000</b> EUR
Haushaltsjahr 2005	<b>6.925.500</b> EUR
Haushaltsjahr 2006	<b>5.134.000</b> EUR
Haushaltsjahr 2007	<b>5.877.100</b> EUR

2. den **Finanzplan** für die Jahre 2003 – 2007 mit nachstehenden Summen zur Kenntnis genommen:

	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
Haushaltsjahr 2003	<b>70.818.168</b> EUR	<b>70.818.168</b> EUR
Haushaltsjahr 2004	<b>66.302.186</b> EUR	<b>66.302.186</b> EUR
Haushaltsjahr 2005	<b>57.567.595</b> EUR	<b>57.567.595</b> EUR
Haushaltsjahr 2006	<b>60.144.449</b> EUR	<b>60.144.449</b> EUR
Haushaltsjahr 2007	<b>62.867.536</b> EUR	<b>62.867.536</b> EUR

## 7. Verschiedenes

### 7.1. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

### 7.2. Anfragen an die Verwaltung

Keine

Helmut Predeick  
Bürgermeister

Heike Demmin  
Schriftführerin  
öffentlicher Teil

Regina Haferkemper  
Schriftführerin  
nichtöffentlicher Teil